

18. Sitzung

am Dienstag, dem 10. Oktober 2000

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	727
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	727

Fragestunde

1. Räume für das Tanzfilminstitut

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. September 2000	728
---	-----

2. Einbeziehung des Schnoor in die Innenstadtentwicklung

Anfrage der Abgeordneten Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 14. September 2000	729
---	-----

3. Verkehrszählung aktualisieren

Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Strohmann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 20. September 2000	730
--	-----

4. Geschwindigkeitsbegrenzung Buntentorsteinweg

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 20. September 2000	731
--	-----

5. Fahrradwegführung an Haltestellen im Buntentorsteinweg

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 22. September 2000	731
--	-----

7. KTH Arsten-Süd-West

Anfrage der Abgeordneten Frau Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 29. September 2000	732
--	-----

Aktuelle Stunde	734
------------------------------	-----

Grundsatzfragen zur Kulturpolitik und die Entwicklung eines Kulturplans für die laufende Legislaturperiode

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 21. März 2000
(Drucksache 15/121 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2000

(Drucksache 15/223 S)

Konzeption der Kulturpolitik

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. September 2000
(Drucksache 15/211 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2000

(Drucksache 15/224 S)

Abg. Frau Emigholz (SPD)	734
Abg. Frau Koestermann (CDU)	738
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	740
Abg. Frau Emigholz (SPD)	743
Abg. Eckhoff (CDU)	745
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	748
Senator Dr. Schulte	750

Alternativen zum Rhodarium

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Juli 2000
(Drucksache 15/200 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. August 2000

(Drucksache 15/201 S)

Rhododendronpark aufwerten - neue Chancen für Umwelt und Tourismus nutzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Oktober 2000
(Drucksache 15/222 S)

Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	752
Abg. Frau Kummer (SPD)	755

Abg. Focke (CDU)	756
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	757
Senatorin Wischer	758
Abstimmung	760

Bebauungsplan 1210 mit Deckblatt

für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Hünertshagen, Lerchenstraße (einschließlich), Landesgrenze, Borchshöher Straße (beidseitig, einschließlich Herbartstraße Nr. 1 und 2, Ziegeleiweg Nr. 1 und Hinrich-Ahrnke-Straße), Borchsholt (bis Nr. 8), Hammersbecker Straße (bis Nr. 21), Gärdesstraße (ab Nr. 61 ungerade und Nr. 96 gerade) und Koringstraße

Mitteilung des Senats vom 19. September 2000 (Drucksache 15/212 S)	760
---	-----

Bebauungsplan 1216 mit Deckblatt

für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Pundtskamp, Heidkuhlenweg (einschließlich), Aumunder Feldweg (beidseitig), Bramheide, Bundesstraße 74, Borchshöher Straße (beidseitig), Theodor-Neutig-Straße (beidseitig), Johann-Lange-Straße, Ritterkamp und Zollstraße (zum Teil beidseitig)

Mitteilung des Senats vom 22. August 2000 (Drucksache 15/213 S)	760
--	-----

Bebauungsplan 1236

für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Niederbüren und Mittelsbüren

Mitteilung des Senats vom 19. September 2000 (Drucksache 15/214 S)	761
---	-----

Bebauungsplan 2036 mit Deckblatt

für ein Gebiet zwischen Senator-Apelt-Straße (einschließlich), Rudolf-Diesel-Straße (einschließlich), Der Halmer Weg (beiderseits), Niedervielander Straße und Vorfluter (zum Teil einschließlich) sowie Ersatzflächen in einem Gebiet am Hasenbürener Umdeich und Warfeld Ost

Mitteilung des Senats vom 19. September 2000 (Drucksache 15/215 S)	
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	761
Abg. Engelmann (SPD)	761
Abg. Pflugradt (CDU)	762
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	763
Abstimmung	763

**Bebauungsplan2046 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Straßenbahnlinie 4, Hermann-
Entholt-Straße (beiderseits), Alfred-Faust-Straße (einschließlich) und Theodor-
Billroth-Straße**

Mitteilung des Senats vom 19. September 2000

(Drucksache 15/216 S) 763

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 17
vom 19. September 2000**

(Drucksache 15/218 S) 764

**Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Halten von
Hunden**

Mitteilung des Senats vom 26. September 2000

(Drucksache 15/219 S)

Abg. Frau Möbius (SPD) 764

Abg. Hoffhenke (CDU) 765

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 766

Senator Dr. Schulte 769

Abstimmung 769

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Borttscheller, Dr. Kuhn, Leo, Dr. Lutz, Nalazek,
Neumeyer, Karl Uwe Oppermann, Frau Stahmann.

Präsident Weber
Vizepräsident Ravens **Schriftführerin Arnold-Cramer**
Schriftführerin Marken

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Schulte** (CDU)

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Staatsrat **Dr. Böse** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrätin **Motschmann** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 18. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Rhododendronpark aufwerten - neue Chancen für Umwelt und Tourismus nutzen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Oktober 2000, Drucksache 15/222 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt vier, Alternativen zum Rhodarium, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Stadtbürgerschaft ist einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Werkstatt Bremen der Stadtgemeinde Bremen (Bremisches Ortsgesetz Werkstatt Bremen - BremGWB)
Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2000
(Drucksache 15/225 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der November-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Gemeinschafts-, Vereins- und Aufenthaltsräume ausländischer Gruppen und Vereine
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 23. Mai 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 19. September 2000
(Drucksache 15/217 S)
2. Hilfe bei Essstörungen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. August 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 26. September 2000
(Drucksache 15/220 S)
3. Kosten der Strukturreform im Kulturbereich
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. September 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 26. September 2000
(Drucksache 15/221 S)
4. Pferdefarm
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 12. September 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 10. Oktober 2000
(Drucksache 15/226 S)
5. Bevölkerungsentwicklung in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 14. September 2000
6. Jugendliche auf Trebe
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 26. September 2000

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Verbindung der Tagesordnungspunkte drei, Grundsatzfragen zur Kulturpolitik und die Entwicklung eines Kulturplans für die laufende Legislaturperiode, und fünf, Konzeption der Kulturpolitik, und zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Meine Damen und Herren, wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, bevor wir dann endgültig in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Winfried Brumma zu seinem

heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen sieben frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage bezieht sich auf **Räume für das Tanzfilminstitut**. Die Anfrage ist unterschrieben von der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Was hat der Senat bisher unternommen, um das Tanzfilminstitut in angemessenen Räumen unterzubringen?

Zweitens: Worin besteht der Erfolg der bisherigen Bemühungen des Senats?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Das Deutsche Tanzfilminstitut war - neben der Bremer Shakespeare Company - einbezogen in das kulturelle Nutzungskonzept der Teerhof-Bebauung in EU-weiter Ausschreibung, in dem Räume für das Archiv, angemessene Arbeitsräume sowie ein kleiner Veranstaltungsraum für ein Tanzfilmkino mit variabler Nutzungsmöglichkeit vorgesehen waren. Eine Prüfung, das Institut im Lichthaus unterzubringen, verlief aus räumlichen Gründen ebenfalls negativ.

Vor einigen Monaten wurde eine Unterbringung des Instituts im Polizeihaus am Wall geprüft. Die Unterbringung wäre mit entsprechenden Mietkosten in der Größenordnung von zirka 60.000 DM bis 80.000 DM per anno verbunden gewesen. Das Institut hätte diese Kosten nicht aufbringen können.

Zu zwei: Um die Arbeit des Deutschen Tanzfilm-instituts zu unterstützen und seinen Verbleib in

Bremen zu sichern, hat die Deputation für Kultur eine Projektförderung in Höhe von 60.000 DM beschlossen.

Zurzeit bemüht sich der Senator für Inneres, Kultur und Sport um eine komplementäre Finanzierung des Deutschen Tanzfilm-instituts durch den Bundesbeauftragten für Kultur. Ein entsprechender Antrag mit einer befürwortenden Stellungnahme wurde Anfang September 2000 auf den Weg gebracht.

Der Senator für Inneres, Kultur und Sport wird die Bemühungen des Deutschen Tanzfilm-instituts um angemessene räumliche Unterbringung weiterhin unterstützend begleiten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich habe jetzt viel über die Vergangenheit erfahren und dass die Bemühungen bisher nicht erfolgreich waren. Mir ist die Auskunft darüber, wie es jetzt weitergehen soll, doch sehr nebulös. Können Sie mir bitte sagen, wo Sie gezielt nach Räumen suchen werden und wie die Komplementärfinanzierung aussehen soll?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, Sie haben in der Deputation für Kultur mitgewirkt, als wir diesen Beschluss gefasst haben, die 60.000 DM zu bewilligen. Damals ging es darum, dem Institut zu zeigen, dass wir von Bremen aus großes Interesse haben, es in Bremen zu behalten, und wir haben mit dem Institut verabredet, dass es sich gemeinsam mit uns bemüht, solche Räumlichkeiten zu finden. Da ist wohl auch eine Reihe von Überlegungen angestellt worden, die aber heute noch nicht so konkret sind, dass ich sie hier nennen kann.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Das wundert mich etwas! Wenn man seit Monaten dabei ist, Möglichkeiten zu prüfen, müsste man doch in der Lage sein, nicht nur die Objekte, die sich nicht realisieren ließen, zu benennen, sondern auch die Objekte zu benennen, die jetzt noch geprüft werden sollen. Eine konkrete Frage: Es gibt ja eine Überlegung, ob die Volkshochschule in die Exstadtbibliothek Neustadt einzieht, wenn diese dann in die Zentrale umgezogen ist. Da wäre ja vielleicht eine Möglichkeit, das mit dem Tanzfilm-institut zu kombinieren. Haben Sie daran einmal gedacht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Natürlich haben wir daran gedacht, Frau Abgeordnete, aber das ist kein konkretes Ergebnis, das ich heute hier mitteilen kann. Wir können das gern in der nächsten Sitzung der Deputation für Kultur noch einmal erörtern. Ich habe Ihnen hier nur die konkreten Ergebnisse mitgeteilt, die waren bisher leider alle negativ.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ein deutliches Wort, danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff **„Einbeziehung des Schnoor in die Innenstadtentwicklung“**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welcher Form könnte der Schnoor in das Programm zur Entwicklung der Innenstadt einbezogen werden?

Zweitens: Welche Auswirkungen hat die Aufwertung der Schlachte auf wirtschaftliche Entwicklungen des Schnoor?

Drittens: Was wird der Senat unternehmen, um eine Gleichwertigkeit der innenstadtnahen touristischen Anziehungspunkte herzustellen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Schnoor ist bereits in die Maßnahmen zur Entwicklung der Innenstadt einbezogen, und zwar wie folgt: Sofortprogramm Innenstadt: Umgestaltung der Straßen im westlichen Schnoorviertel sowie der Fußgängerunterführung Stavendamm, weitgehend fertig; St.-Jacobus-Packhaus, Sanierung und Umsetzung eines Nutzungs- und Ausstellungskonzepts - das ist in Arbeit -; Tourismusaktivitäten der BTZ: Aufnahme in die Verkaufskataloge, Prospekte und so weiter und feste Station im Rahmen der Gästeführungen durch die Hostessen der BTZ. Im Übrigen ist das St.-Jacobus-Packhaus bis zum 31.10.2000 der zentrale Ort für die Präsentation der Bremer Pro-

jekte im Rahmen der Weltausstellung in Hannover.

Zu Frage zwei: Die Aktivitäten an der Schlachte ziehen insgesamt deutlich mehr Besucher in die Innenstadt und insbesondere an die Weser. Diese zusätzlichen Besucher werden über die Informationsmaterialien der BTZ und das Stadtinformations- und Leitsystem auf die übrigen Attraktionen in der Innenstadt und darüber hinaus hingewiesen. Insoweit profitieren auch die Wirtschaftsbetriebe im Schnoorviertel von der neuen Attraktion „Schlachte“. Dies gilt in besonderem Maße für die Einzelhandelsbetriebe im Schnoorviertel, die aus Tourismusgründen an Sonntagen geöffnet haben können.

Zu Frage drei: Der Senat verfolgt eine Strategie, nach der sowohl die bereits bestehenden touristischen Attraktionen in der Innenstadt und den übrigen Bremer Stadtteilen als auch die neuen Attraktionen in ganz Bremen gemeinsam vermarktet werden. Die Gäste der Stadt können alle Angebote aus einer Hand individuell oder als Paket kaufen und buchen. Dabei bewirkt gerade die Vielfalt der touristischen Angebote die Anziehungskraft Bremens und führt zu mehr Übernachtungen und längeren Aufenthalten. Unter dem gemeinsamen Slogan „Zwei Städte - ein Land“ vermarktet die BTZ die Angebote Bremens und Bremerhavens gemeinsam national, europa- und weltweit. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Senator, wie bewerten Sie denn Aussagen von mehreren Geschäftsleuten und auch Gastronomen, dass sie natürlich, seit andere attraktive Punkte wie die Schlachte sich entwickelt haben, mit Einbußen im Umsatz rechnen und diese auch haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Das muss man in der Sache wohl so sehen. Die Aussagen sind, davon gehe ich jedenfalls aus, im Wesentlichen richtig, aber andererseits ist das nun einmal die Folge von bestimmten Schwerpunkten, die man setzt, zumal wenn sie neu sind, dass der Lauf der Touristen nicht immer so ist, wie der jeweilige Geschäftsmann es sich wünscht. Anders ausgedrückt, das spielt sich im Laufe der Zeit ein.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Da wir ja bemüht sind, auch bei der Aufwertung der Innenstadt eine

Gleichrangigkeit der einzelnen Quartiere zu sichern, sehen Sie denn Möglichkeiten und Wege, gewisse Aktivitäten des Senats dort zu verstärken?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Am liebsten würde ich die Touristen so führen, wie wir es gern hätten, aber das ist nicht so ganz einfach, das wissen wir beide. Ich gebe Ihnen einmal Zahlen, die wir als Schätzwerte haben: Zum Marktplatz gehen von den Touristen 83 Prozent, zum Schnoor bereits 70 Prozent. Das heißt, der Zulauf ist eigentlich hinreichend, er ist nicht wesentlich schlechter geworden, soweit das aus diesen Zahlen entnehmbar ist.

Vielleicht hat es auch, ich sage das mit aller Zurückhaltung, ein bisschen mit der Attraktion des Schnoor, mit dem jeweiligen Angebot zu tun, wie ich mir denn auch den Hinweis erlaube, so ernst ich es nehme, dass in Bremen möglichst alle Stadtteile - andererseits, Bremen hat eine überschaubare Größenordnung - angemessen berücksichtigt werden, so sehr ist natürlich die Frage, wie mein Umsatz ist, eben auch eine Frage an den, der den Umsatz gern hätte.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): In der Tat, wenn das Problem so ist und auch erkannt worden ist bei Ihnen im Haus, haben Sie denn schon in Ihrem Haus oder in den kundenorientierten Einrichtungen der Wirtschaftsförderung veranlasst, dort Gespräche zu führen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Das geschieht, Frau Grewe-Wacker ist da nicht der Nachhilfe bedürftig. Andererseits sind die beiden Stadtteile so nah beieinander, dass es eigentlich schon besonderer Gründe bedürfte, wenn jemand, der zur Schlachte geht, nicht auch zum Schnoor geht und umgekehrt. Aber um Ihre Frage noch einmal zu beantworten: Wir bemühen uns natürlich, das Ganze integriert anzusehen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Verkehrszählung aktualisieren**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Strohmann, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Strohmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird der Senat die dem Beirat Walle nach Fertigstellung des Straßenzuges Hafenrandstraße, Beim Industriehafen, Stapelfeldstraße, Werftstraße, Bremerhavener Straße, Nordstraße, Hans-Böckler-Straße im Bereich Bremerhavener Straße, Waller Ring und Nordstraße zugesagte neue Verkehrszählung durchführen?

Zweitens: Beabsichtigt der Senat, die Verkehrszählung auf weitere Straßen im Bremer Westen auszuweiten?

Drittens: Wie werden die Beiräte Gröpelingen und Walle an der Auswertung der Verkehrszählung beteiligt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Im Verlauf der Beratungen und Diskussionen zum Ausbau der Hafenrandstraße sind den Beiräten im Bremer Westen Zusagen für Verkehrszählungen nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der gesamten Hafenrandstraße gemacht worden. Damit sollen die Auswirkungen dieser Baumaßnahme auf die Verkehrsbelastungen im Straßennetz des Bremer Westens festgestellt werden.

Der vierte Bauabschnitt der Hafenrandstraße wurde am 30.7.2000 für den Verkehr freigegeben. Zurzeit wird noch die Planung zur Veränderung der Wegweisung im Bremer Westen erarbeitet und abgestimmt, die die komplette Fertigstellung der Hafenrandstraße berücksichtigt. Nach dessen Umsetzung können sich vor allem auch die auswärtigen Fahrer auf das neue Straßennetz einstellen.

Ein Konzept für die Verkehrserhebung wird für das erste Halbjahr 2001 vorbereitet. Dabei ist es notwendig, die Erfassung auf umfangreiche Bereiche im Bremer Westen auszudehnen und neben dem Straßenzug Hafenrandstraße den Heerstraßenverlauf einschließlich der Parallel- und Querverbindungen zur Hafenrandstraße zu erfassen. Ein Zähltermin wird im ersten Halbjahr 2001 in Abstimmung mit laufenden und geplanten Bauvorhaben im Bremer Westen festgelegt.

Die Beiräte Walle und Gröpelingen werden über die Zählergebnisse und deren Auswertungen informiert. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Geschwindigkeitsbegrenzung Buntentorsteinweg**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Gründe haben dazu geführt, im Buntentorsteinweg zwischen Boßdorfstraße und Kirchweg eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h einzuführen, obwohl die Straßenbahnlinien vier und fünf unter anderem über den Buntentorsteinweg führen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h im Buntentorsteinweg wurde erforderlich, weil sich das Kopfsteinpflaster im südlichen Teil des Buntentorsteinweges in einem schlechten Zustand befindet. Durch den in diesem Teil aufgrund größerer Bautätigkeiten zusätzlich zu beobachtenden Lkw-Verkehr kommt es nach Aussagen einiger Anlieger zu Erschütterungen der Häuser, verbunden mit erheblichen Belästigungen für die Anwohner. Da dieser Teil des Buntentorsteinweges voraussichtlich erst im Jahre 2004 im Zuge der Sanierungsarbeiten der BSAG komplett erneuert werden kann, muss für die Zeit bis dahin zum Schutz der Anwohner eine Begrenzung auf 30 km/h erfolgen. Der Bremer Straßenbahn wurde eine Ausnahmegenehmigung von der Geschwindigkeitsbeschränkung erteilt.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege Herderhorst? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, können Sie mir sagen, wann in etwa die letzte Sanierung dieses Teilstücks stattgefunden hat, insbesondere in dem Bereich der Straßenbahn? Ich erinnere mich noch als häufiger Nutzer dieser Straße, sowohl mit dem Pkw als auch mit dem Fahrrad, dass vor Jahren eine Sanierung stattgefunden hat und dass heute auch noch feststellbar ist, dass die Pflasterung in den Fugen verteert ist und daher im Sinne von eigentlichem Kopfsteinpflaster dort nichts zu finden ist.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Den ersten Teil Ihrer Frage kann ich Ihnen leider nicht beantworten, dem will ich aber gern nachgehen. Was den zweiten Teil anbelangt, kann ich nur auf das verweisen, was ich Ihnen vorgetragen habe, dass es hier offensichtlich aufgrund des doch schlechten Zustands der Straße und aufgrund der Bautätigkeit in diesem gesamten Bereich, das wissen Sie ja offensichtlich, mehr Lkw-Verkehr aufgrund von Anlieferungen gibt und dass Anwohner vor diesem Hintergrund gesagt haben, dass sie das unerträglich finden. Daraufhin hat man gesagt, gut, dann müssen wir uns mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung behelfen, um dem abhelfen zu können.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, ist dann auch noch einmal geprüft worden, ob es sinnvoller gewesen wäre, ein Verbot für Lkw für diese Zeit dort auszusprechen, die in der Tat besonders laute Geräusche entwickeln? Ist darüber hinaus möglicherweise bekannt, dass durch diese Begrenzung auf 30 km/h, von der die Straßenbahn ausgeschlossen ist, ich nehme an, aufgrund des Paragraphen 46 StVO, wenn ich 30 km/h einhalte, was ich tue, weil dort oft geblitzt worden ist, was ja auch wiederum richtig ist, gleichwohl aber die Straßenbahn im Fortkommen behindert wird, die zwangsläufig auch 30 km/h einhalten muss?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Herr Abgeordneter, ob eine Möglichkeit besteht, dass man die Lkw dort ausschließt, kann ich so nicht sagen. Ich habe es so verstanden, dass dies Verkehre sind, die sich in die nahe gelegenen Baugebiete bewegen. Ich glaube, in dem Fall wäre es schlecht, wenn man denen die Zuwegungen versperren würde. Das kann ich mir schlecht vorstellen, aber ich will das gern alles noch einmal nachfragen. Bezogen auf die Situation, die Sie eben beschrieben haben, wenn Pkw vor einer Straßenbahn sind, diese dann zwangsläufig auch 30 km/h fahren muss, muss ich Ihnen zustimmen, aber eine andere Lösung habe ich im Augenblick nicht parat.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Vielen Dank, Frau Senatorin!

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Fahrradwegführung an Haltestellen im Buntentorsteinweg**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche rechtlichen und verkehrstechnischen Grundlagen sind vorhanden, die die Radwegführung von der Fahrbahn des Buntentorsteinwegs über den Fußweg hinter den Haltestelleninseln der BSAG wieder auf die Fahrbahn begründen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Sowohl in den „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen als auch in den vom Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung 1995 herausgegebenen „Leitlinien zur Führung des Radverkehrs im Straßenraum in Bremen“ wird im Bereich von Kap-Haltestellen die im Buntentorsteinweg realisierte Lösung empfohlen. Um den Längsverkehr von Radfahrern und Fußgängern durch wartende Fahrgäste möglichst wenig zu behindern und um Konflikte zwischen wartenden beziehungsweise aus- und einsteigenden Fahrgästen und vorbeifahrenden Radfahrern zu vermindern, ist eine Anordnung des Wartebereichs direkt am Fahrbahnrand am sinnvollsten. Der Radverkehr wird hinter dem Wartebereich vorbeigeführt und muss somit nicht in den Verkehrsraum des Kfz-Verkehrs und der Straßenbahn ausweichen. Hierdurch werden Konflikte mit motorisierten Verkehrsteilnehmern minimiert. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege Herderhorst? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, ich habe eben gesagt, dass ich dort öfter mit dem Fahrrad fahre. Wenn es diese Überwegungen über den Fußweg nicht gäbe, müsste ich normalerweise auch halten, wenn die Straßenbahn vor mir hält. Damit würden alle ungestört ihren Wegen nachgehen können, das heißt auch den Weg in die Straßenbahn finden können. Jetzt aber, durch diese Anordnung, und ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen, ist es so, dass die Radfahrer potentiell auch die aus den direkt hinter den Straßenbahnhaltestellen liegenden Geschäften kommenden Personen erheblich gefährden, insbesondere dann, wenn die Radfahrer ein erhebliches Tempo, möglicherweise über 30 km/h, fahren!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Herr Abgeordneter, ich nehme das, was Sie sagen, selbstverständlich zur Kenntnis. Im Grunde neige ich dazu, in diesem Zusammenhang zu sagen, dass es natürlich am allerbesten ist - jenseits aller Gebote -, dass Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sich einer gegenseitigen Rücksichtnahme verpflichtet fühlen. Das wäre sicherlich das Allerbeste. Gleichwohl gehe ich davon aus, dass die 1995 vorgelegten Leitlinien aufgrund gründlicher Beratung entstanden sind und dass - so habe ich es verstanden - es nicht zu einer so engen Laden- und Verkehrssituation wie beispielsweise im Ostertorsteinweg kommt, wo der Radverkehr an einigen Stellen auf die Straße gelenkt wird, was eben doch nicht so vorteilhaft ist. Im Buntentorsteinweg ist die Situation eine andere. Dort kann man den Empfehlungen der Richtlinien offensichtlich folgen. Im Übrigen gilt wirklich, dass Rücksichtnahme das Entscheidende ist.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Käse!

Abg. **Dr. Käse** (SPD): Frau Senatorin, ist es richtig, dass durch diese Wegführung für die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer vermieden wird, dass sie mit dem Rad in die Schienen der BSAG geraten und dadurch eine ganz erhebliche Reduzierung des Risikos beim Fahrradfahren erreicht wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Dies ist sicherlich ein Aspekt, dass das Fahren auf der Fahrbahn höhere Gefährdungspotentiale hat, als wenn man diese andere Lösung wählt, die hier im Buntentorsteinweg gefunden worden ist. Das ist sicher der Hintergrund.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage, die sich mit dem Thema „**Abschiebung nach Feststellung der tatsächlichen Identitäten**“ befasst, wird als Frage vier im Landtag behandelt.

Die siebte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt den Titel „**KTH Arsten-Süd-West**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist die Information richtig, dass die Kooperation im KTH Arsten-Süd-West, die eine wesentliche Bedingung der Trägerentscheidung war, zwischen der Fraueninitiative Quirl e. V. und der Grundschule nicht zustande gekommen ist?

Zweitens: Ist es richtig, dass der aufgrund der Ausschreibung angebotene Preis nicht ausreicht und die Fraueninitiative Quirl e. V. jetzt entsprechend nachverhandeln möchte?

Drittens: Wie hoch ist der Anteil öffentlicher Mittel bei der Kostenberechnung für die oben genannte Bewerbung der Fraueninitiative Quirl e. V., und wie ist die jeweilige Laufzeit der Drittmittel?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Information ist nicht richtig. Das KTH Arsten-Süd-West, in Trägerschaft mit Quirl e. V., kooperiert sehr wohl mit der Grundschule. Richtig ist allerdings, dass im Rahmen der Sicherstellung der verlässlichen Grundschule die Entscheidung zugunsten des Elternvereins der Schule getroffen wurde, der sich auch als Vertragspartner angeboten hatte. Alle drei Partner haben sich zur Kooperation verpflichtet.

Zu zwei: Es ist nicht richtig, dass der in der Ausschreibung angebotene Preis nicht ausreicht. Es ist auch nicht richtig, dass die Fraueninitiative Quirl e. V. eine Nachverhandlung wünscht. Es liegt daher auch kein entsprechender Antrag vor.

Zu drei: Der Anteil öffentlicher Mittel beträgt 88,4 Prozent der kalkulierten Kosten für 2001 und 89,2 Prozent für 2000. Der höhere Wert für 2000 ergibt sich aus notwendigen höheren Kosten in der Anlaufphase, beispielsweise ein Monat Personalvorauslauf für die Leitung und 14 Tage für das restliche notwendige Personal. Neben den Einnahmen aus Elternbeiträgen und Erstattungen für Essen durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind keine weiteren Mittel ausgewiesen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin Striezel? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Frau Senatorin, halten Sie es für möglich, dass die Frage drei von Ihrer Verwaltung missverstanden worden ist? Ich beziehe mich dort auf die Kostenrechnung bei den Bewerbungen und die Drittmittel, die in diese Kostenrechnung bei der Bewerbung eingeflossen sind.

Geantwortet worden ist mir aber, wie hoch der Zuschuss zu den jetzigen Kosten ist. Das ist mir klar, aber es geht - und das ist aus der Frage mit den Drittmitteln, glaube ich, auch zu erkennen - darum, ob die Bewerbungsunterlagen sozusagen rechtens gewesen sind.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ich gehe davon aus, dass sie rechtens gewesen sind. Wir haben die Frage so verstanden, wie wir sie beantwortet haben. Wenn das nicht Ihre Intention war, müssen wir das noch einmal klären und das natürlich auch in Ihrem Sinne beantworten.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Zu Frage eins: Sie sprechen trotzdem von einer Kooperation der drei Partner dort. In welcher Form kooperiert denn dort das Tagesheim mit der Grundschule, wenn es nicht die Kooperation hinsichtlich der verlässlichen Grundschule ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Bei der verlässlichen Grundschule hatte sich der Elternverein angeboten, die Aufgaben zu übernehmen, die im Rahmen der verlässlichen Grundschule anfallen. Gründe für die Entscheidung waren zum einen, dass der Elternverein dort bereits langjährig mit der Schulleitung kooperiert und zusammenarbeitet und dass sein Angebot wohl auch günstiger war als das des Kindergartens. Wie genau die Kooperation jetzt praktisch aussieht, kann ich Ihnen nicht sagen, aber die Einrichtungen liegen so dicht beieinander, dass im Alltag eine Kooperation unverzichtbar ist, wenn man diese Einrichtungen führen will. Ich bin zweimal dort gewesen. Nach meinem Eindruck funktioniert die Kooperation dort sehr gut. Wie sie sich aber ganz praktisch im Alltag abspielt, kann ich Ihnen so nicht beantworten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Wie erklären Sie sich denn, dass es so eine starke Bedingung war, dass die Bewerber für das KTH sich mit einer Kooperation mit der Grundschule ausdrücklich einverstanden erklären, wenn der Elternverein das sowieso macht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Dieses Gebäude ist auch als multifunktionales Gebäude gedacht, und es soll durchaus möglich sein, wenn die Raumbedarfe

der einzelnen Einrichtungen sich verändern, dass man dann Räume der jeweiligen anderen Einrichtung umnutzt für den Kindergarten oder für die Schule. Dafür ist natürlich Voraussetzung, dass eine enge Kooperationsbeziehung besteht, damit man solche Dinge besprechen und dann organisieren kann. Es war aber nicht Bestandteil der Vertragsverhandlungen, und die Übernahme der Trägerschaft war nicht Bedingung dafür, dass im Rahmen der verlässlichen Grundschule dort die Betreuung der Aufgaben durch den Kindergarten übernommen wird. Das war nicht Bestandteil der Ausschreibung und auch nicht der Vertragsbedingungen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Welche Form der Kooperation gibt es denn jetzt tatsächlich?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Das haben Sie eben schon einmal gefragt. Ich habe versucht, Ihnen das zu sagen. Vielleicht gehen wir einmal gemeinsam dorthin und lassen uns erklären, wie sich die Kooperation im Alltag gestaltet. Es gibt eine Kooperationsbeziehung zwischen dem Elternverein, der Schule und der Kindertageseinrichtung, die auch in der engen räumlichen Konstellation und unter den Vorgaben, die wir für die Arbeit gemacht haben, unverzichtbar ist und laufen muss.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist der Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Grundsatzfragen zur Kulturpolitik und die Entwicklung eines Kulturplans für die laufende Legislaturperiode

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 21. März 2000
(Drucksache 15/121 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2000
(Drucksache 15/223 S)

Wir verbinden hiermit:

Konzeption der Kulturpolitik

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 6. September 2000

(Drucksache 15/211 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2000

(Drucksache 15/224 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Schulte, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Motschmann.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antworten auf die Großen Anfragen in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Das war beabsichtigt bei der Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wie mir Frau Dr. Trüpel mitteilte, besteht sie nicht mehr darauf, weil die Antwort allen Abgeordneten nun vorliegt. Insofern, Herr Senator, ist das nicht mehr vonnöten.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Er darf trotzdem, aber er muss nicht!)

Meine Damen und Herren, auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. - Dies ist der Fall.

Die gemeinsame Aussprache ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz. Ich weise darauf hin, dass der erste Redner eine verlängerte Redezeit von bis zu 15 Minuten hat.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir kommen zur Anfrage an den Senat „Grundsatzfragen zur Kulturpolitik und die Entwicklung eines Kulturplans für die laufende Legislaturperiode“. Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung, bevor wir auf die Anfrage, die Bearbeitungszeit und die Bearbeitungsqualität eingehen!

Wenn ich mir die Anfrage und die Antworten des Senats ansehe, dann muss man feststellen, dass es schon ein bitteres Unterfangen ist, in der Kulturpolitik über alle Bereiche dramatische Spar-, Umstrukturierungs- und Sanierungsmaßnahmen in einem Haushalt vorzunehmen, der ein Volumen von 134,5 Millionen DM insgesamt und den Effekt hat, mehrere tausend Arbeitsplätze in dieser Stadt zu sichern, was für die Stadt ja nicht nur Lebensqualität für die Menschen in der Stadt entwickelt und formiert, sondern auch als Standort- und Sig-

nalfaktor nach außen wirkt, wie die Handelskammer in ihren Leitlinien zur Kulturpolitik festgestellt hat.

Wenn ich mir dann ansehe, dass wir mit großer Lässigkeit in Wirtschaftsfach- und -förderausschüssen für andere Projekte Sanierungsmillionen ohne Konzept durchwinken, dann muss man gerade auch in der Beantwortung dieser Fragen, denke ich, sensibel einen öffentlichen Blick im Auge behalten und entsprechend damit umgehen. Konkret meine ich, dass wir gut beraten sind, in der Politik die originäre Kultur- und die Kulturwirtschaftsförderung nicht mit zweierlei Maß zu messen. Das sage ich hier ausdrücklich auch für das Musical!

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte gern, dass die gestrengen Maßstäbe, die wir wirtschaftlich zur Arbeitsoptimierung und zur Strukturoptimierung für Einrichtungen anlegen, auch für Bereiche gelten, die wir auf andere Weise gar nicht weniger, wenn man einmal die Einzelereignisse umrechnet, finanzieren. Das ist eine Herausforderung, dass wir uns auch auf der politischen Ebene erst einmal wieder Strukturen schaffen, die es uns ermöglichen, derartiges Wirtschaften effektiv zu kontrollieren.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Bearbeitungszeit und zur Qualität der Antwort! Anders als die Kollegen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - ich habe dafür Verständnis - hätte ich eingedenk der Anfrage, die uns vorliegt, und im Lichte der Gewichtung, die in der Beantwortung der Fragen steckt, gern noch längere Zeit auf die Bearbeitung gewartet. Das sage ich ganz offen.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch länger? Meinen Sie, dass es dann besser wird?)

Die letzten Arbeitsprozesse, die wir jetzt intern zur Vorbereitung bestimmter Schwerpunktsetzungen gemacht haben, lassen mich hoffen, dass wir auch für die Sparten vernünftige Aussagen hinbekommen. Ich will gleich einmal in einzelnen Punkten genau erläutern, wo ich Vertiefung erwarte und wo ich eigentlich traurig bin, dass wir nur den ersten Abriss bezogen auf Strukturpolitik und Betriebswirtschaft hinnehmen müssen.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie können ja eine neue Anfrage stellen!)

Das werden wir uns auch sicherlich überlegen. Das ist keine Frage!

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir werden es tun!)

Wunderbar! Das hilft! Das hilft auch insofern, als dass die Grünen dann nicht gezwungen sind, nur die Fragen der Koalition abzuschreiben!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es wäre schon ganz prima, wenn die Grünen sich einmal eigene Gedanken machten und nicht schlichtweg das abschreiben würden, was wir formuliert haben.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Sonst hätten wir heute noch keine Antwort bekommen!)

Wir können gern gemeinsam singen, aber gemeinsam reden ist ein bisschen schlecht, und Sie haben Ihren Redebeitrag noch. Sonst sehe ich mich gezwungen, auch die ganze Zeit dazwischen zu quaken.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Dr. Trüpel quakt nicht!)

Ich finde, wenn wir über Grundsatzfragen reden und das auch ernst meinen, können wir uns auch gegenseitig ausreden lassen. Ich bin es ja gewohnt, dass die Grünen mich ständig unterbrechen, aber Lust habe ich darauf keine! Sonst muss ich jedem einen schriftlichen Redetext verteilen. Das mache ich bekanntermaßen nicht, weil ich frei rede. Ich finde es aber anstrengend und auch unhöflich! Wir können uns gern in der Debatte hinterher stundenlang unterhalten, dafür ist ja auch viel Zeit vorgesehen.

Zu den Inhalten, die uns vorliegen, und auch zu dem Verfahren, das uns bevorsteht! Erstens: Wir schließen von Seiten der Koalition nicht aus, dass wir das Verfahren auch weiter mit Fragen begleiten. Ich sehe das so bei der Auswertung der Anfrage, die wir gestellt haben, dass noch nicht alle Fragen beantwortet worden sind. Darauf werde ich im Einzelnen noch kommen. Ich sehe es auch so, dass wir mit unseren Fragen erreichen wollten, dem Senat und natürlich auch dem ausübenden Fachressort klarzumachen, was von koalitionärer Seite für uns die entscheidenden Schlüssel- und Kernfragen sind, wenn man sich ein so anspruchsvolles Unternehmen wie Kulturentwicklungsplanung auf die Fahne schreibt. Wir haben ja auch intensive Diskussionen mit dem Senator gehabt, insbesondere nach den erfolgreichen Finanzverhandlungen vor der Sommerpause, und dort versucht, sehr intensiv zu arbeiten. Ich werde

Ihnen auch gleich auf Ihre Frage sagen, wo ich Arbeitsbedarf sehe.

Zum Kulturentwicklungsplan im Ganzen und zu den kurzfristigen und langfristigen Umstrukturierungsmaßnahmen, die vorgesehen sind! Da jetzt darauf verzichtet wurde, die Antwort auf die Anfrage vorzulesen, will ich nur einmal ein paar Stichworte nennen: Zuschuss senkende Mehreinnahmen, die Schaffung eines Konzeptes für die Kulturmark, eine Stiftungsoffensive, verstärkte Initiativen zum Fund Raising, verstärkte Initiativen, Sponsorenmittel einzuholen und im Sinne der Verantwortlichkeiten auch Public private partnership im Kulturbereich zu betreiben.

Ich sage hier für meine Fraktion ganz klar, dass uns bewusst ist, dass auch öffentliche und private Partnerschaften in einem grundsätzlich zu fördernden Bereich wie Kultur nur einen minimalen Stellenwert einnehmen können. Das zeigen Bundesstudien. Wir erheben maximal drei bis fünf Prozent der Gesamtmittel, die für den Kulturbereich ausgegeben werden, das ist uns bekannt. Diese Potentiale auszuschöpfen lohnt sich aber schon, wenn man einen so engen und kleinen Haushaltsrahmen hat, wie von mir vorhin beschrieben wurde. Ich glaube, dass die Einrichtungen individuell sehr erfolgreich darin sind, private Partner für ihre Aktivitäten zu werben. Das sieht man bei den kulturpolitischen Highlights genauso wie auch zum Teil bei interessanten Aktivitäten in den Stadtteilen.

Ich glaube auch, dass bei vielen der in der Anfrage beschriebenen Kostendämpfungsmaßnahmen, was Flexibilität, ehrenamtliche Arbeit oder Effizienz angeht, im Kulturbereich nicht mehr allzu viel zu holen ist. Ich will hier nicht verhehlen, dass ich glaube, dass wir im Kulturbereich was die Effizienzsteigerungsmöglichkeiten angeht, ziemlich „auf den Knochen“ sind.

Nichtsdestoweniger ist auch der Kulturbereich gehalten, unter Sanierungsbedingungen seinen Beitrag dazu zu leisten, sich anzustrengen und klar zu machen, dass so effizient wie möglich gearbeitet wird, dass er so wenig Geld wie möglich in Verwaltungskapazitäten bindet und so viel Output wie möglich Einrichtung zukommen lässt. Das ist ja auch eine Logik, die wir für das Musical und für andere Bereiche, die mit kulturwirtschaftlichen Geldern gefördert werden, gelten lassen müssen.

Wir machen hier kein Angebot zum Selbstzweck. Wir machen ein Angebot für Bürgerinnen und Bürger, das nach außen sichtbar sein soll, das das Stadtbild prägt, das Qualität vor Ort in die Stadtteile bringen soll und das die Stadt liebenswert machen soll.

Unser Fraktionsvorsitzender hat einmal gefragt: „Welches Gesicht soll die Stadt eigentlich haben?“ Ich sage, dass Kulturpolitik im Wesentlichen zur Profilbildung des Gesichts einer Stadt beiträgt!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir diskutieren die Zukunftsfähigkeit der Städte. Wir diskutieren die Frage, wie Menschen Zugänge zu lebenslangem Lernen bekommen. Wir diskutieren die Frage, wie man Freizeitorientierungen hat, die einen möglicherweise weg vom PC und vom Fernseher bringen. Wir diskutieren die Frage, wie Menschen Schlüsselqualifikationen erwerben können, wie sie kommunikations- und auseinandersetzungstark werden können.

Ich denke, das Feld Kultur bietet eine Möglichkeit, sich in diesem Bereich zu entwickeln. Deswegen ist Kulturförderung aus meiner Sicht auch ein ganz wichtiger Faktor, der sich nicht schlicht haushaltstechnisch als Konsumtion werten lässt. Wie man ihn zukünftig bewertet, das steht in den Sternen. Ich finde, die Handelskammer hat einen guten Vorschlag gemacht. Man kann auch von dieser Initiative lernen, darüber müssen wir uns politisch unterhalten. Das gilt aber auch für andere Sektoren, von denen immer gesagt wird, dass sie sich finanzwirtschaftlich eigentlich nicht rechnen. Die Frage ist, welche Gesellschaft wir wollen und welche Schwerpunkte wir setzen.

Enorme Reformanstrengungen - und das ist die Schwäche der Senatsantwort unter den jetzigen Rahmenbedingungen - sind eigentlich nur unter klaren finanziellen Rahmenbedingungen zu vollziehen. Was uns eigentlich fehlt, wenn wir die kulturpolitischen Leitbilder beschreiben wollen, die Möglichkeit, in der sich Sparten entwickeln, ist ja konkret die Antwort, unter welchen finanziellen Bedingungen wir das tun. Der derzeitige Finanzrahmen der großen Koalition geht davon aus, dass alle konsumtiven Haushalte, Kultur macht da keine Ausnahme, bis zum Ende des Sanierungszeitraums 2005 dramatisch abgesenkt werden sollen.

Nur, meine Damen und Herren, in der Kultur mit dem von mir schon beschriebenen Haushalt von 134,5 Millionen DM wird das keine Nummer sein, die an uns und der Stadt spurlos vorbeigeht. Wenn wir tatsächlich die geplanten Kürzungsquoten voll auf den Kulturbereich umsetzten, würden Sie diese Stadt in ihrem Profil, ihrem Angebot, ihrer Vielfalt und ihrer Lebendigkeit nicht wiedererkennen! Das muss jeder, der politisch und verantwortlich entscheidet, wissen.

Unsere Anstrengung wird zwei Bereichen gelten, erstens, das vorhandene Geld so effizient wie

möglich einzusetzen, und zweitens, so effizient wie möglich auch Strukturen zu organisieren und damit einen Beitrag der Kultur in Sanierungsanstrengungen zu leisten. Drittens jedoch, und das ist eigentlich die wichtigste Aussage aus meiner Sicht, wollen wir selbstverständlich das kulturelle Angebot, die Vielfalt und die Orientierungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für unsere auswärtigen Gäste erhalten. Das sind Maßnahmen, die wir auf jeden Fall im Auge behalten müssen.

Dazu sind viele Schritte erforderlich, unter anderem ein Kulturentwicklungs- und Kulturplanungsprozess, der transparenten Kriterien und Verfahren unterliegt. Das bedeutet, wir müssen öffentlich sensibel wahrnehmen, welche Ängste es gibt. Es gibt nicht nur die Ängste um die Frage, welche kulturpolitischen Konzeptionen wir im Einzelnen verfolgen, sondern es geht bei den Kürzungen im Kulturbereich auch konkret um Menschen, ihre Lebensinhalte und ihre Arbeitsplätze. Das sollten wir uns vergegenwärtigen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das ist eine wichtige Frage! Wenn wir es mit Menschen zu tun haben, dann müssen wir mit ihnen auch verantwortlich umgehen. Das bedeutet auch, dass wir diesen Prozess mit großer Sensibilität steuern müssen, dass wir klare Verfahrensschritte verabreden und am Ende des Prozesses auch ein vernünftiges Ergebnis in Aussicht stellen müssen. Das bedeutet für mich, dass wir klare finanzielle Rahmenbedingungen brauchen, und zwar über einen mehrjährigen Zeitraum, und dass wir dafür kämpfen müssen, dass Einrichtungen Planungssicherheit erhalten, denn holpern, stolpern und verhandeln kostet letztendlich mehr Geld, als Rahmenbedingungen zu schaffen, die planbar sind, bei denen man Gelder effizient einsetzen und Aktivitäten vorausschauend planen kann.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine alte unternehmerische Weisheit! Es ist komisch, dass wir uns das in der Politik nun ständig vor Augen führen müssen.

Die Schwäche dieser Antwort des Senats liegt meines Erachtens - ich weiß nicht, wie andere das sehen - natürlich in dem Problem, dass wir diese Rahmenbedingungen nicht definieren können. Das ist vollkommen klar und eine Frage von politischen Verhandlungen. Vielleicht helfen die hier aufgezeigten drastischen Maßnahmen, diesen Rahmen abzustecken. Die Schwäche ist, dass damit aus meiner Sicht sehr evident klar wird, dass die kulturpolitischen Leitlinien, die hier von uns eingefordert wurden - wir wollten ja wissen,

welche inhaltlichen Vorstellungen auch für Sparten vorgesehen sind -, nicht definiert sind.

Ich würde gern wissen wollen in einem Nachtrag, insofern überlegen wir natürlich, wie wir das auch weiter als Koalitionsfraktionen bearbeiten: Wie entwickelt sich die Sparte Theater weiter? Wie entwickelt sich der Bereich Musik weiter? Wie arbeiten Museen weiter? Wie wird die freie Kulturszene gefördert? Kommen wir tatsächlich mit zwei Sätzen zur Künstlerförderung und dem Wert von Künstlerförderung in einer Gesellschaft aus, oder haben wir an dieser Stelle Alternativen? Welches Gesellschaftsbild haben wir eigentlich?

Dass wir als Sozialdemokraten Vorstellungen haben, welche Punkte wir zumindest in diesem Prozess diskutiert haben wollen, haben wir, denke ich, durch die Veröffentlichung unserer Bausteine zur Kulturentwicklungsplanung klar gemacht. Ich möchte darauf nicht im Einzelnen eingehen, weil die bekannt sind. Ich möchte aber ganz gern noch ein paar Sätze sagen, die ich an die Steuerungsgruppe Kultur richten möchte, die ja auch in dieser Anfrage beschrieben ist.

Ich fände es ganz gut, wenn die Steuerungsgruppe Kultur das Kulturressort nicht nur bei der Umstrukturierungswelle unterstützt, sondern wenn sie den Kultursenator auch in dem Bemühen unterstützt, Kultur als Querschnittsaufgabe zu sehen. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt. Es hat sich in der Wirtschaftsförderung, in der Wissenschaft und im Sozialbereich gezeigt, dass Kultur viele Wirkungs- und Beziehungsfelder hat, dass Kultur sich innerhalb eines Geflechts befindet, das nicht originär auf einen Fachbereich eingegrenzt ist. Insofern ist es keine haushaltspolitische Maniküre, wenn der Kultursenator das allein bewerkstelligt.

Ich denke, dass es um solidarisches Anerkennen von Positionen geht, die wir schon lange erkannt haben, und dass man haushaltspolitisch auch entsprechende Setzungen vornehmen und auch in der bilateralen Verhandlung weiter kommen muss. Mir wäre die Bündelung von Verantwortung im Kulturressort, die Bündelung der Ressourcen und die Bewirtschaftung der Mittel an dieser Stelle am liebsten, weil wir manchmal durch die vielen Töpfe, die wir haben, schlicht bestimmte Entwicklungen aus dem Blick verlieren.

Da wir gerade dabei sind, über Entwicklungen zu reden, bei denen wir überlegen, ob wir sie als Parlamentarier aus dem Blick verlieren, gestatten Sie mir auch einige Worte zum Thema Beilehung der KMB!

(Glocke)

Ich bin gleich fertig! Ich mache das ganz kurz und melde mich gleich noch einmal.

Gestatten Sie mir ein paar Worte zur Beleihung der KMB! Wir sind als Sozialdemokraten, was die Verlagerung öffentlicher Aufgaben in den privaten Bereich angeht, äußerst kritisch. Vor diesem Hintergrund haben wir Fachdeputierten auf einer Veranstaltung in der letzten Woche auch gefordert, dass wir die Alternativen, die sich zu solchen Konzepten in der Bewirtschaftung öffentlicher Mittel ergeben, sinnvoll geprüft, vorgestellt und diskutiert haben wollen. Wir haben dazu auch einen eigenen Vorschlag gemacht, wie es gehen kann, um nachzuweisen, dass es Alternativen gibt.

Wir ziehen das nicht so durch, meine Damen und Herren, das ist für uns klar, sondern wir wollen Modelle diskutieren. Ich lade auch Herrn Eckhoff ein, intensiv darum zu streiten, damit man sich nicht in „einer Ecke verkantet“.

(Beifall bei der SPD)

Man muss natürlich miteinander reden, wenn das Ringen um Kulturpolitik und um ernsthafte Bestrebungen, die besten Lösungen für die Einrichtungen und ihre Bewirtschaftung zu finden, letztendlich das Vordergründige ist und nicht die Fragen, wer Macht ausübt, wer es unterlässt und wer weinend in der Ecke steht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Koestermann.

Abg. Frau **Koestermann** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir führen heute eine kulturpolitische Debatte mit sehr vordergründigen Motiven derjenigen durch, die diese Debatte erzwingen haben. Der kulturpolitische Diskussionsbeitrag vom Bündnis 90/Die Grünen besteht bis jetzt darin, dass sie eine Große Anfrage der Koalitionsfraktionen abgeschrieben und als ihre eigene eingereicht haben.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie armselig, Frau Koestermann!)

Ja, das ist es doch! Sie wussten dabei sehr genau, dass eine Beantwortung unserer Großen Anfrage bislang aus inhaltlichen Gründen wenig Sinn gemacht hätte. Wesentliche Eckpunkte, zum Beispiel haushaltspolitischer Art, konnten erst jüngst endgültig geklärt werden. Damit stehen jetzt erst die Grundlagen fest, die für eine Kulturentwicklungsplanung notwendig sind, die nun in ihre Einzelheiten gehen wird.

Wir werden uns heute deshalb nicht mit Detailfragen befassen können, sondern sollten sachlich über Grundlinien einer zukunftsorientierten Kulturpolitik sprechen. Hierzu hat der Senat in seiner Antwort wichtige Pflöcke eingeschlagen. Keine Gemeinschaft von Menschen kann existieren, ohne sich auf Regeln und Werte des Zusammenlebens zu verständigen. Von der Sprache bis zu den Künsten ist es die Kultur, die eine Gemeinschaft zusammenhält. Kultur gehört niemandem und ist ein Feld, auf dem privates, staatliches und auch wirtschaftliches Engagement zusammenkommen und notwendigerweise miteinander verwoben werden. Kultur entwickelt sich und wächst dezentral und erzeugt damit Vielfalt und Lebendigkeit.

Kultur kleinkariert in parteipolitische Kontroversen hineinzuziehen oder Debatten zu erzwingen dient der Kulturentwicklungsplanung nicht. Alle gesellschaftlichen Kräfte, auch die Opposition, sind aufgerufen, sich konstruktiv an einer kulturellen politischen Entwicklungsarbeit zu beteiligen, die unserer Tradition hanseatischen Gemein- und Bürgersinns insbesondere auf dem kulturpolitischen Feld entspricht und gerecht wird.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist natürlich auch wahr, dass Kulturpolitik im Jahr 2000 notwendigerweise vor dem Hintergrund unabwiesbarer Einsparnotwendigkeiten auch ein guter Teil Haushalts- und Finanzpolitik ist. Hier haben die Koalitionäre wichtige Grundlagen auf den Weg gebracht.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Wollten sie!)

Ein 19 Millionen DM schwerer Umbautopf für zwei Jahre ist beschlossen, noch vorhandene Minderausgaben sind aufgelöst, und es ist ein wichtiger Schritt hin zur projektbezogenen Förderung getan worden. Hierauf müssen wir eine zukunftsorientierte und tragfähige Kulturentwicklung aufbauen, die kulturelle Vielfalt und Aktivität mit einer zuverlässigen Finanzierung verbindet. Das schließt Luftschlösser aus und bedeutet, dass sicher nicht alles so bleiben wird, wie es ist. Es kommt darauf an, dass wir die Schritte, die wir uns vornehmen, gut begründen und den Kulturentwicklungsprozess transparent gestalten.

Lassen Sie mich noch einige für die CDU-Fraktion wichtige Eckpfeiler benennen! Dem Kulturbereich stehen für zwei Jahre Umbaumittel in Höhe von 19 Millionen DM zur Verfügung. Damit ist ein zeitlich und finanziell klarer Rahmen für den Umbau gesetzt, in dem die entsprechenden Maßnahmen auf den Weg gebracht beziehungsweise eingeleitet werden sollen.

Wie in allen Bereichen muss auch im Kulturhaushalt gespart werden. Niemand kann deshalb versprechen, dass für alle Einrichtungen die Förderung aufrechterhalten werden kann oder zumindest nicht gekürzt werden muss. Schließungen allein sind aber kein Mittel. Mit ihnen erreichen wir nur kurzfristige Haushaltsziele. Jeder muss wissen, dass allein durch Schließungen bedingte Einrichtungen „aufgefressen“ werden. Wichtig sind also Strukturveränderungen und -stärkungen, die kostensenkend oder ertragssteigernd wirken. Insofern gilt auch für die Kulturpolitik das Ziel der Sanierungspolitik Bremens: Wir sparen und investieren gleichzeitig, verbinden damit zukunftsorientierte Strukturveränderungen und wollen so eine finanzierbare, sich möglichst weitgehend selbst tragende und vielfältige kulturelle Landschaft in Bremen schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Sparen und investieren sind auch im Kulturbereich keine Widersprüche, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Die unabdingbar notwendigen Strukturveränderungen werden Einschnitte bedeuten. Wir müssen Kosten reduzieren, um Mittel für Investitionen frei zu machen. Diese sind häufig wiederum die Voraussetzung für die Steigerung der Erträge. Nur so werden wir mittelfristig eine Steigerung der Eigenfinanzierungsanteile erreichen.

Lassen Sie mich bei der Einsparung von Kosten einen Moment verweilen! Wir müssen dazu sowohl die regionale als auch die spartenbezogene Zusammenarbeit kultureller Einrichtungen verbessern. Nahe beieinander liegende kulturelle Einrichtungen können Räumlichkeiten, Dienstleistungen und Verwaltungseinrichtungen gemeinsam nutzen. Der Bereich Schwankhalle ist ein Beispiel, mit dem wir dies bereits in die Tat umgesetzt haben. Es muss aber auch eine verstärkte spartenbezogene Zusammenarbeit geben. Theater können Werkstätten und Fundus eventuell gemeinsam nutzen. Sie können Veranstaltungen und Aufführungen gemeinsam gestalten und für spezifische Bedarfe Einkaufs- und Dienstleistungsgemeinschaften bilden, die von allen gemeinsam genutzt werden.

Strukturelle Veränderungen werden auch die tarifliche Situation der Kulturschaffenden betreffen. Personalkosten schlucken einen Großteil der finanziellen Zuschüsse. Sie müssen reduziert werden. Deshalb werden wir zu einer flexibleren Tarifstruktur kommen müssen, die die Leistungsfähigkeit einzelner Einrichtungen und Sparten berücksichtigt. Dabei geht es nicht nur um Kosten. Es müssten auch personalorganisatorische Verände-

rungen möglich sein, die Zeit und Ort des Personaleinsatzes flexibilisieren helfen. Wenn man zukunftsfähige Veränderungen will, muss man sich auch von alten Besitzständen trennen können.

Die andere Seite der Medaille ist die Ertragslage der Kultureinrichtungen. Hier sagen wir deutlich, dass unserer Auffassung nach maßvolle und sozial abgewogene Preissteigerungen möglich sind. Es ist wenig einsehbar, dass wir dauerhaft der verbreiteten Auffassung nachgehen, dass man zwar wie selbstverständlich für ein Popkonzert im Weserstadion zum Beispiel hohe Eintrittspreise bezahlt, bei einem Besuch eines philharmonischen Konzerts aber unerschwinglich der Meinung ist, dies müsse halb umsonst sein. Hier müssen wir den Kultureinrichtungen helfen, indem wir gemeinsam ein Umdenken herbeiführen. Allerdings darf die Folge von maßvoller Erhöhung der Preise keine Reduzierung der Teilnehmer-, Besucher- oder Zuhörerzahlen sein. Wir müssen den Bürgern erklären, dass auch staatlich geförderte Kultureinrichtungen nicht umsonst arbeiten können. Auch bei ihnen müssen die Einnahmen die Kosten decken.

Erträge lassen sich jedoch auch anders steigern. Viele Einrichtungen sind ehrgeizig dabei, ihr Angebot nachfrageorientiert auszurichten. Wir müssen sie dabei unterstützen, die Attraktivität des Programms und die Breite des Angebots weiter zu steigern, um veränderten Kundenwünschen gerecht zu werden. Wir dürfen uns nichts vormachen: Der Kulturbereich konkurriert mit vielen anderen Angeboten um die Ressource Freizeit. Auch hier können verstärkte Zusammenarbeit und Kooperationen ein wichtiges Mittel sein. Verbundprojekte auch mit Einrichtungen außerhalb des Kulturbereichs bieten eine gute Möglichkeit, nicht nur heimisches Publikum zu binden, sondern überregional Menschen anzusprechen und sie als Besucher und Touristen nach Bremen zu holen.

Kulturförderung und -finanzierung werden sich in Zukunft verändern. Der von uns gewollten kulturellen Vielfalt muss die Vielfalt finanzieller Quellen entsprechen. Dabei haben wir mit der Tradition hanseatischen Bürgertums die besten Voraussetzungen, zukunftsfähige Strukturen zu schaffen. Ehrenamt und bürgerliches Engagement haben in Bremen eine lange Tradition, die auch in der Gegenwart sichtbar wird. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre zum Beispiel die Aufrechterhaltung der Bibliotheken in Horn oder in Blumenthal nicht möglich, und ohne privates Geld gäbe es die Kunsthalle nicht. All diesen für Bremen ehrenamt-

lich engagierten Menschen müssen wir an dieser Stelle Dank für ihre Arbeit sagen.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kultur wird auf verschiedensten Ebenen immer staatliche Unterstützung benötigen. Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen für eine attraktive kulturelle Landschaft auskömmlich sicherzustellen und die finanzielle Absicherung mindestens mittelfristig überschaubar zu machen. Kulturförderung bedeutet deshalb noch lange nicht lebenslange und selbstverständliche Alimentierung. Auch neue Ideen müssen unterstützt werden und die von Generationen geschaffenen Werte und Traditionen bewahrt bleiben.

Hierfür tragen alle die Verantwortung. Deshalb wird es zunehmend wichtiger, Kultur als Gemeinschaftsaufgabe immer wieder in Erinnerung zu rufen. Da reichen nicht die Appelle an den Staat und die Betonung der Wichtigkeit der Kultur für die überregionale Anziehungskraft in wirtschaftlicher Hinsicht.

Wir müssen echtes Engagement leider auch vor dem Hintergrund konkreter finanzieller Unterstützung messen. Hier werden Mäzenatentum, Sponsoring und Fund Raising als Möglichkeiten eine zunehmende Rolle spielen. Dies werden wir mit den Betroffenen, aber auch mit den Einrichtungen, zum Beispiel den Kammern, gemeinsam auf den Weg bringen.

Der Staat wird auch andere Quellen als Steuermittel für die Finanzierung erschließen müssen, deshalb hat die CDU-Fraktion den Gedanken der Erhebung einer Kulturmark und die Schaffung einer Kulturstiftung in die Diskussion gebracht.

(Widerspruch bei der SPD)

Dies wird zu konkretisieren sein.

Unser Ziel ist, damit insbesondere die Nachwuchs- und Talentförderung zu sichern und auszubauen. Ich erinnere mich, die letzte Mühe, die man sich gegeben hat, eine Stiftung ins Leben zu rufen, wurde so ganz nebenbei wieder aufgebraucht. Das ist gar keine Stiftung gewesen. Es lohnt sich durchaus, das Ganze noch einmal wieder von vorn anzufangen.

Wer Sparsamkeit und Effizienz von den Einrichtungen fordert, muss gleichzeitig die Mechanismen kultureller Förderung möglichst effektiv gestalten. Dazu gehört eine transparente und unbürokratische Entscheidung über die Förderung und

auch ein effektiv gestaltetes Controlling. Es ist kein Widerspruch, Einsparungen für die Kulturverwaltung zu wollen und gleichzeitig eine Stärkung der Kulturmanagement Bremen zu fordern. Effizienzsteigerung und Stärkung der KMB sind nach unserer Überzeugung nur zu erreichen, wenn sie mit Aufgaben und Rechten beliehen wird, die bislang in anderen Händen lagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden unter diesen Prämissen unsere kulturpolitischen Vorstellungen weiter konkretisieren.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wie lange wird das dauern?)

Wir wissen, dass dies nicht ohne Meinungsverschiedenheiten gehen kann, denn wir werden nicht alle Wünsche und Vorstellungen realisieren können. Lassen Sie mich aber sagen, dass wir kulturelle Entwicklung in Verbindung mit Erhaltung der kulturellen Grundwerte wollen! Kultur und Stillstand sind Widersprüche an sich. Die notwendigen Entwicklungen sind insofern auch eine Chance, durch Kreativität und Gemeinsamkeit ein qualitatives Mehr für unsere Stadt zu organisieren. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein halbes Jahr hatte der Senat Zeit, eine Anfrage der großen Koalition zur Konzeption im Kulturbereich zu beantworten. Auch in diesem Herbst fühlte der Senat sich noch nicht in der Lage, diese Antwort zu geben, weil man so ungeheuren Abstimmungsbedarf zwischen den Ressorts und weitreichende und substantielle Papiere für die geeigneten Abgeordneten zu verfassen hatte.

Da Sie nicht in der Lage waren, uns nach einem halben Jahr eine solche Antwort zu geben, haben wir in der Tat zu einer nicht ganz feinen Art gegriffen und die Frage leicht modifiziert eingebracht, weil wir der Meinung sind, nach einem halben Jahr muss der Senat in der Lage sein, endlich einmal zu zeigen, welche Kulturpolitik die große Koalition in ihrer zweiten Legislaturperiode machen will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich muss Ihnen schon sagen, ein halbes Jahr für so viel heiße Luft, das ist schon verdammt lange.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen auch gleich dazu, falls das weiterhin so sein sollte, dass entweder Ihre oder unsere Anfragen nicht beantwortet werden,

(Abg. Eckhoff [CDU]: Werden wir weiter abschreiben!)

werden wir uns dieses nicht so ganz feinen englischen Stils noch weiter bedienen.

Genau, Herr Eckhoff! Wenn wir zu dieser Brechstange nicht gegriffen hätten, hätte es nicht einmal heute eine kulturpolitische Debatte in diesem Haus gegeben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kann man allerdings sagen: Das ist doch hier die Stunde des Parlaments, und die Regierungsfractionen trumpfen jetzt einmal so richtig auf mit ihren kulturpolitischen Leitlinien. Wenn der Senat dazu schon nicht in der Lage ist, dann ja wenigstens die Regierungsfractionen!

Meine Damen und Herren, was ich eben gehört habe, Frau Emigholz, das waren Fragen und Phrasen, von Kulturkonzeption keine Spur! Bei Frau Koestermann haben wir ein Glaubensbekenntnis zu den Leitlinien des ISP, Sparen und Investieren, gehört, aber zur Kulturpolitik und was Sie hier eigentlich machen wollen, mit welchen Schwerpunkten, mit welchem Etat, für welche Einrichtung, ob das Dreispartentheater erhalten bleibt oder das Tanztheater 2004 geschlossen wird, haben wir schlicht nichts gehört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist auch nicht von ungefähr, dass es die Kulturinitiative „Anstoß“ gibt, die sich seit Jahren sehr darum bemüht und das auch tun muss, so wie die Verhältnisse in dieser Stadt sind, hier dafür zu sorgen, dass der Kulturetat von Ihnen nicht noch weiter minimiert wird, als es bisher schon der Fall gewesen ist. Dass sich auch jetzt die Handelskammer veranlasst sieht, Leitlinien zur Kulturpolitik herauszugeben und Ihnen noch einmal zu sagen, warum Kultur in dieser Gesellschaft eigentlich wichtig ist und warum der Staat sie finanzieren muss, deutet doch - gerade von Herrn Hockemeyer, der einmal CDU-Bürgerschaftsabgeordneter war - darauf hin, dass Sie hier eine Menge Defizite haben, verdammt viele Defizite!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt schauen wir uns einmal an, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben! Fangen wir einmal mit McKinsey an, die viel gerühmte Unternehmensberatungsfirma! Sie hat nach dem Motto gehandelt: Wir bekommen fünf Millionen DM, dafür sagen Sie uns Ihr Problem, und wir geben es Ihnen schriftlich. Das haben wir nun davon! Wir haben nämlich seitdem für den Kulturbereich, Frau Emigholz wird dazu gleich noch einmal sprechen, mehr Probleme, als wir vorher hatten.

Nun ist es richtig, dass die Kulturabteilung, das weiß ich selbst auch aus guter Erfahrung, dringend modernisierungsbedürftig war, aber zu glauben, dass man das einzige Heil im Outsourcen, im Privatisieren, im Beleihen finden kann, das hat mit der notwendigen Reform des öffentlichen Dienstes in Bremen nichts zu tun. Der Weg muss gerade andersherum gehen, gerade bei der Kulturpolitik. Man muss die öffentliche Verwaltung modernisieren, man muss da gute Leute einstellen, dann kann man auch mit weniger arbeiten, aber man darf diese da nicht zurücklassen und das Ressort seit Jahren mehr oder weniger in chaotischen Verhältnissen halten, um dann zu sagen, die KMB solle der Retter in der Not sein. Diese Politik, Herr Eckhoff, wird den Kultureinrichtungen und der Kulturpolitik in Bremen nicht gut tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt schauen wir uns einmal die Antwort des Senats an! Wir fangen mit dem Etat an. Angeblich haben Sie den Etat um 25 Millionen DM aufgestockt, und weil es so schön war, es so viel Spaß macht, ihn aufzustocken, setzt man dann gleich noch einmal 19 Millionen DM Umbautopf oben darauf. Nein, auch das ist alles nicht richtig, was da behauptet wird!

Der Etat war vorher so abgesenkt worden, dass die Koalition bei den Verhandlungen etwas darauf legen wollte. Sie hat nur einen großen Fehler gemacht. Da sie leider nicht wusste, wie hoch die Zahlen sind - was man allerdings hätte erwarten müssen, dass diejenigen, die die Verhandlungen führen, wissen, wie hoch der Kulturetat de facto ist -, hatte man sich ein solches Minus eingehandelt, dass man nicht mehr anders konnte, und dann noch mit dem öffentlichen Protest in der Stadt, der Veranstaltung von „Anstoß“ und der Handelskammerintervention, als etwas zu schaffen, was man dann täuschend einen Umbautopf nannte. Das war eine reine Nachbesserungsaktion, damit es nicht noch schlimmer kommt, als es jetzt schon gekommen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann wird uns seit einem Jahr angekündigt, es würde Kulturentwicklungsgespräche geben, weil natürlich mit den Einrichtungen genau besprochen werden soll, wohin die Reise denn geht. Von diesen Gesprächen haben maximal zwei stattgefunden, weitere sind nicht terminiert. Bis Ende 2000 soll aber der Kulturentwicklungsplan vorliegen, und die ganzen Gespräche sollen stattgefunden haben. Wann wollen Sie das eigentlich machen? Auch das ist, finde ich, rein mangelhaft, was Sie da bisher vorgelegt beziehungsweise nicht vorgelegt haben.

Dann das nächste schöne Thema: mittelfristige Finanzplanung! Frau Emigholz, noch sitzen Sie auf dieser Seite des Hauses und haben den Haushalt mit beschlossen.

(Abg. Frau Emigholz [SPD]: Da werde ich auch noch ein paar Jahre sitzen!)

Ja, das glaube ich auch!

Die mittelfristige Finanzplanung sieht vor, dass bis zum Jahr 2005 der Kulturetat konsumtiv noch einmal um 30 Millionen DM abgeschmolzen wird. Wie auch immer, die Zahlen, die uns vorliegen, sollen bis 2005, das ist beschlossen worden mit dem Sanierungssicherstellungsgesetz, noch einmal um 30 Millionen DM abgeschmolzen werden. Können Sie sich eigentlich vorstellen, was dann von den Kultureinrichtungen in dieser Stadt übrig bleibt?

Jetzt geht Herr Eckhoff hin, gibt der „taz“ ein Interview und sagt: Nein, wir überlegen, den Kulturetat zumindest auf dem Niveau zu halten, wo er jetzt ist. Was ist denn nun die Linie, das Sanierungssicherstellungsgesetz oder das, was Herr Eckhoff der „taz“ erzählt? Ich möchte das wissen! Nicht nur ich, sondern die Kultureinrichtungen müssen es wissen, weil sie Planungssicherheit brauchen, die Sie ihnen allerdings nicht gewähren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die CDU hat zum ersten Mal ein Kulturressort im Land Bremen! Das ist eine große Chance für die Kultur, wenn man die Stimmen nicht nur am rechten Rand holen will, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft, sollte man meinen, wenn man das einmal rein staatsbürgerlich betrachtet. Nur komisch, offensichtlich hat die CDU daran gar kein Interesse. Was macht Herr Eckhoff denn? Er demontiert den Kultursenator, wo er kann! Jetzt kann mir das parteipolitisch nur recht sein, Herr Eckhoff, weil wir etwas davon haben. Je mehr Sie

Herrn Schulte trietzen, desto lieber mögen mich die Kultureinrichtungen.

(Unruhe bei der SPD und bei der CDU)

Was Sie aber mit dieser Demontage des Kultursenators machen, Herr Eckhoff, schadet nicht nur Ihnen, der CDU und Herrn Schulte, sondern das schadet vor allen Dingen den Kultureinrichtungen dieser Stadt, weil der Senator kein politisches Standing mehr hat, wirklich etwas durchzusetzen. Das stößt auf meinen allergrößten Protest, weil mein Herz der Kultur in dieser Stadt gilt, und ich will, dass sie nicht platt gemacht wird. Darum darf man eine solche Politik nicht betreiben, weder persönlich noch was die finanzielle Ausstattung dieses Kulturetats angeht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann haben Sie sich hier hingestellt und gesagt: Die Kultureinrichtungen sollen alle erhalten bleiben, wir wollen Vielfalt, wir wollen, dass möglichst viele Menschen an ihnen teilhaben können! Das teilen wir, glauben aber, dass das konzeptionell nicht ausreicht. Gerade vor dem Hintergrund der Migration in unserem Land muss man auch diesen Bereich in der Kulturpolitik viel mehr wertschätzen, und gerade wenn jetzt überall über Eventgesellschaft und Spaßgesellschaft diskutiert wird, ist es meiner Meinung nach umso wichtiger, die Kultur aufzuwerten, damit es in dieser Gesellschaft noch andere Orte gibt, wo man sich auseinander setzt.

Ich will nur kurz Herrn Marzlufs Rezension zur Premiere von Luigi Nonos „Intolleranza“ erwähnen! Er hat noch einmal gesagt, wie wichtig es ist, auch gerade nach der - und so drückte er sich aus - Süßlichkeit des Musikfestes, dass ein Intendant wie Herr Pierwoß eine solche Premiere mit einem solchen Stück von 1960 macht.

Das, Herr Eckhoff, hat man nur, wenn man eine staatlich finanzierte Kulturpolitik hat. So etwas lässt sich nicht über den Markt realisieren. Deswegen, glaube ich, sind Sie sehr falsch gewickelt mit dem Kurs, mit dem Sanierungssicherstellungsgesetz den Kulturetat um 30 Millionen DM bis 2005 abzuschmelzen. Das führt in Bremen in die Irre.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt noch einmal kurz zurück zu der Frage, wie es weitergehen soll mit der Kulturabteilung! Die Kulturabteilung muss diejenige Behörde sein, die verantwortlich ist für die ganze Umsetzung der Kulturpolitik, die Leitlinien muss die Politik bestimmen. Gerade wenn man neue Steuerungs-

formen hat, und das wollen wir ja gemeinsam, wächst der Bedarf für die Politik, konzeptionell zu arbeiten und andere dann ausführen zu lassen. Wir sind es aber, wir Abgeordnete, die die Leitlinien der Kulturpolitik bestimmen müssen.

Der Senat, finde ich, hat da, wenn man sich die Dürtigkeit dieser Antwort ansieht, seine Hausaufgaben bisher überhaupt nicht gemacht, aber was von den Regierungsfractionen bisher gekommen ist, deutet auch nicht darauf hin, dass es hier etwas richtig Substantielles anzubieten gäbe.

Ich stelle also fest, wir haben einen ungeheuren Nachholbedarf, wir haben selbst etliche Debatten geführt und angeregt, was man in dieser Stadt tun muss, und umso misslicher und heikler finde ich es, wenn die große Koalition Liquiditätshilfen von 11,36 Millionen DM einmal by the way für das Musical beschließt

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Nicht by the way!)

und den Tanzherbst einfach schließt, weil man 200.000 DM nicht mehr hat für ein kontinuierliches Festival, das überregionalen Zuspruch findet. Dafür haben Sie dann kein Geld mehr, aber beim Musical kann man einmal eben 11,36 Millionen DM inklusive der Zinsen hineinstecken. Das hat mit einer ausgewogenen Kulturpolitik und einer Wertschätzung für die Künstler und Kulturschaffenden in der Stadt, die hier seit Jahren arbeiten, nichts mehr zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt ist unser Bürgermeister nicht hier, es passiert nun auch immer häufiger, dass er bei Bürgerschaftssitzungen nicht anwesend ist. Ich möchte aber trotzdem noch kurz auf eine Bemerkung von ihm eingehen.

Er hat letzte Woche in seiner unnachahmenswert paternalistischen und freundlichen Art und Weise in einem Interview für den „Weser-Kurier“ vom Samstag gesagt, dass er die Grünen sehr nachsichtig begleiten würde. Mir geht es auch so, dass ich in den letzten Jahren die Kulturpolitik der großen Koalition nachsichtig begleitet habe. Das ist jetzt vorbei. Ich finde, dass man jetzt ziemlich schonungslos hinsehen muss, was hier eigentlich läuft.

Ich darf, bevor wir gleich in die zweite Runde gehen, noch einmal in einem abschließenden Kommentar sagen, wie ich dieses erste Jahr des CDU-

Kultursenators finde. Um es mit Nietzsche zu sagen: Das war die Geburt der Tragödie!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich der Kollegin Frau Dr. Trüpel antworten: Frau Dr. Trüpel, ich nehme gern zur Kenntnis, dass ich Phrasen und Fragen gedroschen habe, gern, gern! Wir werden im Plenarprotokoll einmal nachlesen, was Sie inhaltlich vertreten haben, und dann einmal sehen, wo es Übereinstimmungen gibt und wo nicht. Da bin ich höchst gespannt!

Welchen Beitrag haben die Grünen denn in diesem so schwachen Jahr der großen Koalition bezogen auf Kulturentwicklungsplanung geleistet? Erstens sagen Sie, was man nicht machen kann, zweitens kritisieren Sie Konzepte, die unter den Grünen schon genauso stattfinden sollten, zum Beispiel das Zentralbibliothekskonzept „vier plus eins“, das jetzt auf einmal nicht mehr richtig ist. Drittens treten Sie für die Schließung der Trompetenakademie ein, viertens wollen Sie den Tanzherbst, aber keine Wettmittelgelder für die gesamte Projektszene ausgeben, und fünftens haben Sie kulturpolitische Leitlinien oder ähnliche Vorstellungen noch nicht vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Ich lade Sie herzlich ein, Frau Dr. Trüpel, sich an die Arbeit zu machen, Ihre Ideen zu fixieren und mit uns in einen offenen Wettstreit über Ideen zu gehen. Den halten wir aus! Was wir aber nicht aushalten, ist ständiges Genörgel, Miesmachen und dann, wenn man die Amtsverantwortung hat, auch keine besonders originellen Einfälle zu haben. Das halten wir hier nicht aus!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Moment haben Sie die Verantwortung!)

Was ich auch nicht möchte, und das sage ich hier deutlich, ist, dass die Einrichtungen hier auf die Rolle genommen werden. Man muss sich nur einmal ansehen, was die Grünen in ihrer Verantwortlichkeit gemacht haben. Denen ist auch nicht so etwas wie Planungssicherheit eingefallen, da haben wir auch Überbrückungsfinanzierungen, die uns heute Schwierigkeiten machen. Auch Sie hätten Ihre Verantwortung für etwas anderes nutzen können!

Man muss immer sehen, mit welcher Rolle und in welchem Gewand man redet. Ich finde, es ist un-

seriös, so zu arbeiten. Das bringt mich an dieser Stelle auch auf die Palme, und da bin ich auch mehr als ungehalten. Legen Sie etwas vor, wir setzen uns auseinander, wir gehen in eine öffentliche Diskussion! Ich sage Ihnen, ich habe da keine Angst!

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das, denke ich, machen wir gerade hier!)

Ja, natürlich! Wir haben in dem Prozess schon vorher etwas vorgelegt, ich habe darauf verwiesen, da haben wir keine Stellungnahme der Grünen gehört, auch keine kritische! Damals haben wir gemeinsam mit unserem Fraktionsvorsitzenden gesagt, was für uns Bausteine von Kulturentwicklungsplanung sind und was man außer Finanz- und Wirtschaftsszenarien noch diskutieren muss. Wir laden Sie ein, wir laden die Kollegen der anderen Fraktionen ein. Nur zu! Wir scheuen die Auseinandersetzung, die Konkurrenz und auch den Ideenwettbewerb nicht!

(Beifall bei der SPD)

Noch kurz zu der Frage, ob die große Koalition Vorstellungen hat! Die große Koalition hat sicherlich Vorstellungen. Eine davon ist zum Beispiel die, dass wir die Einrichtungen nicht an den Rand schrumpfen und quer über alle sparen wollen, sondern dass wir Schwerpunkte setzen wollen. Das ist für uns ein sehr wesentlicher Ansatz, Politik zu machen. Wir werden uns auch in der nächsten Zeit trauen, unbequeme Entscheidungen zu treffen und sie zu vertreten, bevor wir alle Einrichtungen gefährden. Das ist nun einmal so.

Was die Finanzbedingungen angeht, habe ich nichts anderes gesagt als Sie, Frau Dr. Trüpel, nämlich dass wir den Rahmen abstecken können, mit dem wir arbeiten, denn er wird die Parameter dafür liefern, inwieweit wir die Sparten inhaltlich weiterentwickeln.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, wir lesen das Protokoll hinterher noch einmal, und dann sehen wir uns das einmal genauer an. Da bin ich ganz gelassen, was diese Sachen angeht!

Sie haben die Äußerungen von Herrn Eckhoff in der „taz“ gelesen. Mich hat das sehr vergnügt. Diese Intervention von Herrn Eckhoff fand ich geradezu Spitze, und das soll man doch hier auch einmal sagen. Er hat gesagt, dass er für einen klar definierten Rahmen der Finanzplanung der Kultur eintritt. Klasse! Dafür bin ich unbedingt, und ich bin auch dafür, dass wir Planungssicherheit schaf-

fen. Wenn wir uns nach langen Jahren der inhaltlichen Auseinandersetzung auf so eine Linie einigen, die vor einigen Jahren noch nicht selbstverständlich war, dann finde ich das doch ganz beachtlich, muss ich sagen.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Dr. Trüpel, es gibt zwei Dinge: Dinge, die wir offen auf dem Marktplatz austragen und sagen, woran wir arbeiten, und Dinge, die wir nicht austragen! Die Finanzverhandlungen und das, was wir mit der kulturpolitischen Zukunft vorhaben, das tragen wir im Moment nicht aus, und insofern können Sie mich ernst nehmen, wenn ich Ihnen sage, dass ich einen todlangweiligen Stil habe und deshalb gern noch länger auf die Antwort des Senats gewartet hätte. Ich gehöre nämlich zu den Leuten, die sich gern auch einmal eine Backpfeife, auch von Ihnen, einholen, wenn es denn darum geht, leise und seriös zu verhandeln und leise und seriös vielleicht Entwicklungen auf den Weg zu bringen, die vernünftiger sind, als dem Populismus zu frönen, eine kurzfristige Presseschlagzeile zu organisieren, mich kurzfristiger Beliebtheit zu erfreuen, aber im Ergebnis nichts zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich möchte nicht in politischer Schönheit sterben, das sage ich Ihnen, sondern ich möchte eigentlich ganz gern, dass wir seriös mit den Einrichtungen reden, wie wir Wege beschreiten, dass wir für sie, meinetwegen Tag und Nacht, am Wochenende und zu jeder Zeit, arbeiten, aber dass wir ihnen auch das Gefühl von ernsthafter Politik geben. Wir sind ernsthafte Menschen, und das haben wir versucht, durch diesen Prozess nachzuweisen.

Wir haben uns auch nicht wie Sie sofort zu der Frage der Beleidigung geäußert - Sie ja, Herr Eckhoff nein, das darf ich jetzt hier einmal ganz schlicht sagen -, sondern wir haben gesagt, wir sehen uns das in Ruhe an.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Umgekehrt!)

Entschuldigung! Sie nein, Herr Eckhoff ja! Verzeihung! Das war im Eifer des Gefechts, das weiß aber jeder.

Wir haben, todlangweilig wie wir Sozialdemokraten nun einmal sind, gesagt, wir sehen uns das in Ruhe an und überlegen dann, was für uns das Wichtige ist. Wir sind an dem Punkt angelangt, dass wir gern Alternativen geprüft haben wollen, dass wir selbst einen Vorschlag gemacht haben und wir uns zutrauen, dass wir zur Debatte zumindest Inhaltliches beitragen.

Wenn Kultureinrichtungen Effizienzanforderungen ausgesetzt sind, dann müssen die öffentlichen Instrumente natürlich auch effizient gestaltet sein. Das heißt, wir müssen natürlich in den Bewirtschaftungsstrukturen zwischen KMB und Verwaltung Doppelarbeit vermeiden. Wir müssen sie auf die originären Funktionen zurückführen, nämlich dass die eine die Facharbeit macht und die andere die Serviceleistungen übernimmt, und wir müssen auch sehen, dass wir keine Personalapparate aufblähen, sondern dass das Geld, das wir einsetzen, im Wesentlichen der Kultur zugute kommt. Das sind unsere Ideen.

Das mag total langweilig sein, dass wir immer so spießig vorgehen, alle Papiere haben wollen, alles lesen wollen, aber auch noch alles diskutieren, aber es hat manchmal vom Verfahren und von der Arbeitsweise her auch Charme.

(Beifall bei der SPD)

Zu dieser Biederkeit und Langweiligkeit bekenne ich mich, und da bin ich ganz spießig.

Zu den Forderungen, die wir noch an den Senat haben! Wir haben nach mehreren Programmen gefragt, wir haben nach der Übernahme von „Kultur schafft Arbeit“ und nach der Übernahme eines Existenzgründerprogramms gefragt. Ich sage jetzt einmal etwas salopp, und auch da werden wir nacharbeiten, auch da werden wir uns überlegen, wie wir mit der Antwort des Senats umgehen: Die Antworten reichen mir, ehrlich gesagt, nicht!

Die Antwort, dass wir da schon irgendetwas haben, haben wir noch nicht auf Erfolge quantifiziert. Da gibt es einen Abstimmungsbedarf zwischen Ressorts, ob wir Programme auflegen. Wenn wir auf der einen Seite nicht mehr so viel öffentlich fördern können, müssen wir auf der anderen Seite Strukturen schaffen, die Menschen ermutigen, selbständig tätig zu werden und dafür Anreize zu schaffen. Dafür sind solche Programme wie „Kultur schafft Arbeit“ oder ein Existenzgründerprogramm im Bereich Kultur durchaus geeignet. Da reicht es mir auch nicht, wenn der Senat Entwicklungen sorgfältig beobachten wird. Dann würde ich gern sehen, dass der Senat genauso konsequent und ad hoc, wie er über Sanierungsgelder entscheidet, auch einmal einen Fonds bereitstellt, der für solche Initiativen notwendig ist, das sage ich an dieser Stelle ganz entschieden.

(Beifall bei der SPD)

Nun noch ganz kurz eine Sache, weil die sicherlich auch noch in der Debatte eine Rolle spielen wird: Kommen wir einmal auf die Handyinter-

vention von Herrn Eckhoff in der Kulturdeputation zu sprechen!

(Heiterkeit - Abg. Eckhoff [CDU]: So klug war ich, dass ich meines heute ausgestellt habe!)

Wir müssen uns als Koalition und als jeder einzelne Verantwortliche natürlich überlegen, wie bestimmte Aktionen in der Öffentlichkeit aussehen und ob die Anstrengungen, die wir machen, nämlich seriös und fundiert Sachen zu prüfen und erst dann damit auf den Markt zu gehen, eigentlich so herüberkommen, wenn man solche Aktionen startet.

Nun habe ich selbst nicht wenig Temperament, was mir auch gelegentlich Schwierigkeiten macht, und ich kann so eine Haltung dann auch gelegentlich verstehen. Generell würde ich aber von solchen Aktionen abraten. Ich mache nur für eine Sache eine Ausnahme, Herr Eckhoff: Sie können auch mich zu jeder Zeit und während Sitzungen, im Urlaub, zu Weihnachten, abends und in der Nacht anrufen,

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

wenn Sie mir sagen, wie wir es als Koalition hinkommen, Kultur auch als Investition werten zu wollen und damit den Kulturbereich so zu stärken, dass wir dem ehrgeizigen Ziel näher kommen, eine gesicherte Finanzplanung hinzubekommen und damit auch das notwendige Budget, denn Budgets entscheiden immer über Inhalte, und diese letztendlich über das Gesicht unserer Stadt. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich dachte mir, ich melde mich heute direkt zu Wort, bevor ich per Telefon wieder zugeschaltet werde.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte noch einige Anmerkungen machen, insbesondere zu der Frage, was uns die letzten 15 Monate gebracht haben, weil Frau Dr. Trüpel ja den Eindruck erweckt hat, es wäre in dieser Zeit im Bereich der Kultur nichts geschehen. Wo sind wir auch deutlich vorangekommen? Das möchte ich Ihnen schon noch einmal deutlich machen, liebe Frau Dr. Trüpel, aber ich möchte, bevor ich zu den 15

Monaten komme, doch ganz gern noch einmal etwas zur Ausgangslage sagen.

Der CDU-Senator Bernt Schulte hat eine Verwaltung übernommen, sehr geehrte Damen und Herren, die über viele Jahre, und das will ich gar nicht politisch werten, eher als ein Stiefkind der bremischen Verwaltung behandelt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Es gab im Bereich der Kultur schon viele Diskussionen über den Umbau der Verwaltung. Viele Jahre waren davon geprägt, und aus diesem Grund habe ich mir noch einmal einen Artikel vom 4. März 1995 aus der „taz“ besorgt.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Was? Pfuui Teufel!)

Die „taz“ steht uns politisch nicht nahe, daher dachte ich mir, sie ist ein glaubwürdiger Zeitzeuge des Geschehens.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der SPD)

Da geht es um die erste Amtszeit, das war auch bisher die letzte, der Kultursenatorin Helga Trüpel. Ich kann das nicht alles vorlesen, Sie kommen auch an einigen Stellen gut weg, Frau Dr. Trüpel.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das lässt er jetzt weg!)

Der Artikel ist überschrieben mit „Pech mit dem Hauspersonal, Mut in der Kulturpolitik“, das kann ich gern vorlesen. Was allerdings die Frage der Verwaltung angeht, möchte ich doch ein Zitat von mehreren bringen: „Tatsächlich stellte sich das Gespann Trüpel/Schwandner nicht gerade als Traumpaar der Kulturszene dar. Bei ihrer Pränzipalwahl hatte Trüpel möglicherweise die Vorstellung, dass der feurige Schwabe Schwandner die alteingesessene Kulturverwaltung mal auf Trab bringen könnte. Leider blieb es bei der bloßen Vorstellung.“

(Zurufe der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen] und der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Liebe Frau Linnert, zu den 15 Monaten komme ich gleich noch! Ich möchte damit nur deutlich machen, dass man in der Opposition immer kluge Bemerkungen machen kann, aber ich finde, man sollte die eigene Geschichte bei diesen klugen Bemerkungen nicht vergessen!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, in den letzten vier Jahren gab es dann auch eine Kombination „Bildung, Wissenschaft und Kunst“, und - das auch völlig wertneutral gesagt - im Mittelpunkt dieses Ressortzuschnitts stand nicht gerade der Bereich Kultur oder Kunst. Die Arbeit der Verwaltung war nicht immer Lieblingskind der Behördenspitze, und die Folge insbesondere auch in der Kulturverwaltung war, dass dort auch das Selbstbewusstsein der guten Leute gesunken ist und nicht gerade besonders ausgeprägt war. Die Arbeit wurde abgewickelt, die Visionen wurden im Laufe der Zeit weniger, und bei der gegründeten Kulturstiftung war leider zu Beginn dieser Legislaturperiode das Geld aufgebraucht. Das hatte eigentlich einmal einen anderen Zweck, war auch anders mit den Haushältern verabredet.

Sehr geehrte Damen und Herren, trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen ist in den letzten Monaten, und ich komme gleich noch auf Einzelprojekte zu sprechen, einiges gelungen. Es gab den Aufbau, die Aufbaunotwendigkeiten der KMB, nicht gerade geliebt von den Kultureinrichtungen, mittlerweile hört man aber immer positivere Stimmen. Es ist die Frage damit verbunden, welche Aufgabenverteilung man zwischen Verwaltung und KMB vornimmt. Das Controlling in den großen Einrichtungen musste etabliert werden, auch das ja nur unter großem Widerstand, und auch die Eigenbetriebe, die in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht wurden, liefen jetzt sozusagen in den ersten Jahren an, was auch für viele Eigenbetriebe nicht einfach war. Dazu kamen die finanziellen Rahmenbedingungen aus der Finanzplanung, die aber insgesamt ja durch die Haushaltsberatungen der Parlamentarier deutlich aufgebessert wurden.

Sehr geehrte Frau Dr. Trüpel, schwierige Umbauprojekte brauchen nun einmal Zeit! Ich kann Ihnen gern Ihre ganzen „taz“-Artikel zur Verfügung stellen. Sie haben 1993 übrigens erst eine kulturpolitische Strukturreform vorgelegt, und da haben Sie selbst in einem Artikel in der „taz“ vom 24. November deutlich zum Ausdruck gebracht, dass kulturpolitische Strukturreformen keinesfalls nur finanzpolitisch, sondern auch inhaltlich notwendig seien.

Sie haben so ein Konzept erst nach zwei Jahren Amtszeit vorgelegt, und jetzt werfen Sie dem Senator nach einem Jahr vor, dass das noch nicht endgültig ausgearbeitet worden ist. Frau Dr. Trüpel, erinnern Sie sich auch an Ihre eigene Geschichte in diesem Beispiel!

(Beifall bei der CDU)

Dann ging Frau Dr. Trüpel im Jahr 1993 auch mit diesen Vorstellungen durch die Institutionen, und da möchte ich jetzt nicht die Diskussion wiedergeben, die es damals gab. An sie erinnert man sich nämlich gut, wenn heute über aktuelle kulturpolitische Veränderungen diskutiert wird. Die Leute, die etwas haben, wollen nichts abgeben, und die, die neu etwas brauchen, stehen irgendwo auf der Straße und müssen mühsam darum kämpfen. Das ist nun einmal so, wenn es Verteilungskämpfe gibt. Da ist es egal, ob die Senatorin Trüpel, Kahrs oder Schulte heißt. Insofern sollten wir die Kirche im Dorf lassen, Frau Dr. Trüpel!

(Beifall bei der CDU)

Weil Sie auch immer wieder auf die Kulturausgaben reflektieren: Ich habe mir hier noch einmal die Zahlen der Kulturausgaben seit 1990 besorgt, und egal, welche Spalte wir nehmen, Frau Dr. Trüpel, ob wir die Personalausgaben mit den Verwaltungsausgaben addieren, ob wir die Investitionen mit dazu rechnen, dann den Gesamtzuschuss, den der Kulturhaushalt investiv und konsumtiv bekommt, bei den Zahlen, die man addiert, das muss ich Ihnen sagen, steht nun einmal heutzutage die große Koalition besser da, als Sie es in Ihren Ampeljahren erreicht haben.

1991 war das Wahljahr, da war der Ausgangspunkt 118 Millionen DM, wenn ich jetzt einmal die Spalte Personalausgaben und Verwaltungsausgaben nehme. 1992 waren es 126 Millionen DM, 1993 waren es 133 Millionen DM, dann wurde es wieder abgebaut, 1994 130 Millionen DM, 1995 128 Millionen DM, 1996 132 Millionen DM, 1997 141 Millionen DM, 1998 139 Millionen DM, 1999 135 Millionen DM, jetzt sind es 134 Millionen DM. Das ist ja die Zahl, die Frau Emigholz gerade nannte. Wenn ich diese Zahl nehme, so lässt sich deutlich erkennen, dass der großen Koalition und insbesondere auch der CDU die Kultur am Herzen liegt, egal, was Sie hier sagen und uns vermitteln wollen, Frau Dr. Trüpel.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einige Beispiele anführen, bei denen ich stolz bin, dass es den Kulturleuten gelungen ist, wirklich etwas voranzubringen. Das ist jetzt keine Ordnung, ich möchte nur noch einmal ein paar Schlagworte aufzählen.

Das erste Thema ist die Schwankhalle. Da gab es viele Geburtswehen, aber trotzdem ist es ein positiver Beitrag, tatsächlich auch neue, wegweisende Kulturpolitik an den Mann zu bringen. Die Wettmittelvergabe, ein sehr schwieriges Thema, viele Jahre dazu benutzt, um einfach Haushaltsmittel zu ersetzen! In diesem Jahr ist es erstmals seit

vielen Jahren wieder gelungen, dass neue Projekte in diese Wettmittelvergabe hineinkommen. Ein ganz wichtiges Projekt ist zum Beispiel die Frage, was in den Bunkern passiert, dass die Bunker entsprechend saniert werden können, damit junge Bands auch in diesen Bunkern wieder üben können.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte das Thema Zentralbibliothek nennen. Wie viele Jahre diskutieren wir über die Zentralbibliothek? Da gab es damals eine Kultursenatorin, die unbedingt ein Eins-plus-vier-Konzept wollte. Jetzt wird es mit einem sehr attraktiven Standort in der Stadtmitte umgesetzt, ein Standort, der sich auch für alle Beteiligten rechnet! Das ist doch eine positive Leistung! Loben Sie doch einmal diese kulturpolitischen Erfolge!

(Beifall bei der CDU)

Die Deutsche Kammerphilharmonie bekommt jetzt einen Zuschuss, der entsprechend ihren Bedarfen auch tatsächlich das Weltniveau dieses Orchesters unterstreichen kann. Auch da ist in diesem Jahr eine deutliche Aufbesserung der Finanzlage vorgenommen worden. Die Shakespeare Company bekommt mehr Mittel. Es ist eine Rettungsaktion, gerade auch in Zusammenarbeit, für das Ernst-Waldau-Theater gelungen. Das Bremer Theater bekommt die Tarifsteigerungen. Wie man auch immer dazu steht, es ist doch ein Erfolg für die kulturpolitische Szene! Begrüßen Sie das doch einmal, liebe Frau Dr. Trüpel!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie wollten das doch gar nicht!)

Es sind neue Projekte auf den Weg gebracht worden zum Beispiel im Rahmen des Stiftungsrechts, das gerade diese private Initiative, die diese Stadt auszeichnet, unterstützt durch die Handelskammer, entsprechend gewährleisten kann, dass wir in den nächsten Jahren im Kulturbereich zusätzliche Stiftungen gründen, um die finanziellen Belastungen noch stärker auf die private Hand umzuverteilen. Wir wissen doch, dass wir insgesamt weniger Haushaltsmittel über alle Bereiche zur Verfügung haben, also müssen wir uns neue Modelle einfallen lassen, und ich bin froh, dass wir das bei den Stiftungen auf den Weg gebracht haben.

Liebe Frau Dr. Trüpel, wenn ich das auch sagen darf zu Ihrer Kritik nach dem Motto „Sie demontieren den Kultursenator“! Wenn ich meine Meinung

zum Kulturhaushalt sage, kritisieren Sie mich erst dafür, dass ich eine Meinung sage,

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

und anschließend verstehen Sie das als Demontage irgendwelcher Beteiligten. Ich habe dazu meine persönliche Meinung gesagt, dass wir mittelfristig einen Weg finden müssen, um für die Kulturpolitik ein stabiles Fundament herzustellen, und Sie werden sich dieses „taz“-Interview sicherlich so gut aufheben, wie wir Ihre Artikel aufbewahrt haben. Da können Sie mich in den nächsten Jahren gern weiter entsprechend zitieren.

Ein zweites Thema, das natürlich eine Rolle gespielt hat, ist die Frage der KMB-Beleihung. Da akzeptiere ich, dass die SPD noch Prüfungsbedarf hat und jetzt mit eigenen Vorschlägen in die Diskussion kommt. Wir haben das als Fraktion geprüft, wir haben unsere Meinung dazu, und ich sehe nicht, dass wir dort in Maßen von unserem Senator entfernt sind, was die Frage der KMB-Beleihung betrifft. Wenn es dort in Nuancen Unterschiede gibt, werden wir das auch entsprechend in vernünftige Bahnen bringen.

Was bringt uns der Ausblick in die nächsten Monate, was müssen wir machen? Erstens, den Kulturentwicklungsplan abschließen, zweitens, das Thema KMB-Beleihung bis zum Jahresende vom Tisch bekommen, drittens, zusätzliche private Mittel einwerben über die Kulturmark und über Stiftungen, viertens, das Kultur-WAP ab 2002 weiter absichern, weil auch im Bereich Wirtschaft die Finanzmittel knapp sind, liebe Frau Dr. Trüpel, das wissen Sie als wirtschaftspolitische Sprecherin, und fünftens, das finde ich wichtig für eine moderne Stadt, wir brauchen weiter im Kulturbereich neue Ideen, neue Projekte! Da wird die CDU mitwirken, und ich hoffe, dass endlich nicht nur Kritik, sondern auch einmal ein Vorschlag von den Grünen kommt, wo man neue Projekte initiieren kann.
- Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Pflugradt [CDU]: Jetzt erzählt Frau Trüpel, was sie früher alles gut gemacht hat!)

Wenn Sie das jetzt noch nicht wissen, Herr Pflugradt, das erzähle ich nicht mehr! Aber was ich gern sagen möchte zu der Art und Weise, wenn

man hier seit Jahren gemeinsam Politik macht: Jens Eckhoff, uns beide verbindet, dass wir die Politik in Bremen sowohl aus Oppositions- wie aus Regierungssicht kennen, ich zwar im Senat und Sie nur als Fraktionsvorsitzender, aber das verbindet uns ja, und wir wissen, welche Vorteile die Opposition hat, aber auch, welche Nachteile und wie schwer und wie schön es ist zu regieren. Das nur zu der Art und Weise, dass wir nicht alle das Spiel erst seit gestern betreiben, sondern seit einigen Jahren jeweils sehr genau beobachten, kritisieren, problematisieren oder auch gutheißen, was die jeweiligen Kolleginnen und Kollegen so treiben!

Ehrlich gesagt interessiert mich mehr als der Blick in die neunziger Jahre das, was bis 2005 passiert. Wir können uns immer gern über Erfolge und Misserfolge meiner Politik streiten, jederzeit und auch mit allen Interviews und Artikeln, die es so gegeben hat, das machen wir bei Ihnen ja auch, aber jetzt ist ja wirklich die Frage, was bis 2005 passiert. Da habe ich Sie gefragt, was denn jetzt eigentlich gilt. Gilt die beschlossene Planung im Sanierungssicherstellungsgesetz, oder gilt Ihr Versuch, und das nehme ich ja wahr, den Kulturretat auf einer anderen Ebene zu halten oder überhaupt wieder hinzubringen als das, was Sie ja nun gemeinsam gegen uns beschlossen haben?

Ich beharre deswegen so darauf, weil das für die Frage der Kulturpolitik und was einzelne Einrichtungen hier leisten können, wirklich von ganz erheblicher Bedeutung ist. Das haben Sie eben ja selbst gesagt. Sie wissen auch, wie wichtig eine Zentrale für die Stadtbibliothek ist. Mein Gott, was war das für ein Kampf, seit 20 Jahren, bis dann die verschiedenen Akteure - in der Opposition und Regierung tauschen wir ja immer die Rollen - das dann aber endlich hingebracht hatten!

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Wir nicht! - Heiterkeit bei der CDU)

Sie noch nicht, das kommt noch!

Darum ist die entscheidende Frage, ob man diesen für die Kultur so schrecklichen Beschluss noch einmal weg bekommt, und ich nehme wahr, dass Sie da jetzt gemeinsame Anstrengungen machen, sowohl Frau Emigholz als auch Herr Eckhoff. Ich kann nur hoffen, dass Sie damit gerade auch gegen den Finanzsenator - Herr Böhrnsen ist damit ja auch angesprochen, was der Fraktionsvorsitzende der SPD dann zu diesem entscheidenden Punkt sagt, welchen Stellenwert die Kulturpolitik in Bremen haben soll und wie hoch der Etat sein soll - da noch etwas verändern können, denn so, wie es jetzt da steht, darf es nicht bleiben.

Jetzt haben Sie angedeutet, dass Sie natürlich gemeinsam, denn man ist ja modern, für Public private partnership sind. Das sind wir auch. Das machen wir seit Jahren. Das ersetzt aber keine staatliche Kulturförderung. Das ist immer nur ein Teil. Was über Sponsoring gemacht wird, das weiß man, das hat Frau Emigholz noch einmal erwähnt, auch in Bezug auf ganz Deutschland, ist nur eine ganz kleine Marge. Trotzdem ist es natürlich gut, und ich freue mich, und das ist ja auch gut an der Initiative der Handelskammer, wenn viele sich verantwortlich fühlen für die Kulturpolitik und die Kultureinrichtungen und das nicht nur an den Staat delegieren, sondern sagen, das ist unser gemeinsames Bundesland, und wenn wir den Standort Bremen wirklich interessant entwickeln wollen, brauchen wir auch die Kultur.

Das ist ja auch das Interessante an der Argumentation von Herrn Hockemeyer. Er argumentiert ja nicht nur mit ökonomischen Gründen, sondern er argumentiert ganz substantiell und sagt, nur wenn das Bundesland Bremen auch ein geistig und kulturell interessanter Ort ist, dann haben wir auch als Ökonomen eine wirkliche Chance. Das ist in der Tat eine etwas weitere Fassung von Kulturpolitik und Kulturverständnis.

Da würde ich gern noch einmal einen kleinen Seitenhieb auf Herrn Haller machen. Jetzt ist er nicht mehr Staatsrat, aber er schreibt ja weiter schön seine Artikel als Direktor des BAW. Da haben wir auch eine neue Publikation, in der er uns noch einmal vorrechnet, was Investitionen sind, was konsumtive Ausgaben sind, und er bemüht dann ein Handwörterbuch von 1978, schrecklich modern! Jetzt würde ich einmal sagen mit Herrn Hockemeyer und auch dem, was Frau Emigholz angedeutet hat, wenn man heutzutage über Kultur nachdenkt und darüber, was für einen Standort wichtig ist, dann sind es eben nicht nur die Infrastrukturen mit Straßen, Gebäuden und Gewerbeflächen, sondern natürlich auch diese Software-Dinge und auch Humankapital. Herr Haller sagt extra, human capital ist kein Teil von Investitionen, Definition von 1978.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass wir mittlerweile bei dieser Frage doch ein Stück weiter sind. Ich weiß, wie die Haushaltsrechte in Bremen und im Bund aussehen.

(Zuruf des Abg. Eckhoff [CDU])

Das ist mir alles bekannt, und dass Politik das Bohren dicker Bretter ist, habe ich inzwischen auch begriffen und nicht nur bei Herrn Weber gelesen. Trotzdem ist klar, dass es eine Frage ist, und das mache ich auch nicht nur Ihnen zum Vorwurf, das ist für uns auch so eine Frage, dass der

Investitionsbegriff, wenn es richtig sein soll, was wir denken, so eng nicht mehr gefasst werden darf, wie das auch in der Landes- und Bundeshaushaltsordnung steht.

Nur habe ich den Eindruck, dass wir mittlerweile in diese Richtung denken müssen und dass der alte, so ganz einfache Investitionsbegriff, Anlagekapital, Gebäude, nicht mehr trägt. Wir sind da ein Stück weiter, auch aufgrund der modernen technologischen Entwicklung, aber auch auf der Grundlage dessen, wenn wir sagen, Weg in die Wissensgesellschaft, dass diese Bereiche der Gesellschaft, Kultur, Kommunikation, Ästhetik, eine immer größere Rolle spielen.

Jetzt kann man sich in der Debatte, ob wir auf dem Weg in den kulturellen Kapitalismus sind, lange streiten und ob man das gut oder weniger gut findet und der böse Kapitalismus nun eine schöne Fassade bekommt. Das werden wir irgendwann auch noch einmal tun, aber trotzdem glaube ich, dass es auf einer ökonomischen Ebene und bei einer Investitionspolitik ganz entscheidend ist zu sagen, Kulturpolitik ist ein Teil einer modernen Investitionspolitik, und so muss man das auch wahrnehmen. Darum hoffe ich, dass Sie mit Ihren Anstrengungen bei diesem Gesetz, das Sie da gegen uns beschlossen haben, noch einmal richtig etwas korrigiert bekommen.

Jetzt noch eine Bemerkung zum Zeitpunkt! Sie sagten, Sie würden so sorgfältig prüfen, und man dürfte gern bieder und sorgfältig sein. Ich frage mich nur, wenn Sie so viel Zeit haben, warum Sie im März 2000 diese Frage einbringen. Das muss ja einen Grund gehabt haben, das werden Sie ja nicht ganz grundlos gemacht haben! Dann warten Sie jetzt monatelang oder auch ein Jahr, wenn es denn irgendetwas hilft. Vielleicht hilft es etwas, das glaube ich zwar nicht, aber Sie wollen ja den guten Glauben nicht aufgeben. Trotzdem ist nicht so ganz ersichtlich, warum Sie das im März 2000 einreichen. Dann würde ich mit der Konzeption der Anfrage ein bisschen warten. Vielleicht hilft es ja auch, dass sie dann noch ein bisschen besser wird.

(Abg. Eckhoff [CDU]: So schlecht können Sie die ja nicht gefunden haben, Sie haben sie ja so übernommen!)

Nicht, weil mir die Anfrage so gut gefallen hat, sondern weil ich so gern einmal über das diskutieren wollte, was Sie bisher hier vorzuweisen haben! Wir reden jetzt über fünf Jahre Kulturpolitik der großen Koalition und wie es nun weitergehen soll.

Jetzt noch eine letzte Bemerkung: Wir haben gerade die Klage gegen das Beleihungsgesetz in der Diskussion, und auch die SPD und Herr Böhrnsen haben signalisiert, dass sie das nun ausgesprochen richtig finden nach den Erfahrungen mit der BIG und der BIS und dem Musical.

(Zuruf der Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD])

Aber immerhin, Frau Lemke-Schulte, das reicht uns ja schon, wollen Sie das jetzt auch einmal genauer wissen. Deswegen wird es diese Klage vor dem Staatsgerichtshof geben. Das bezieht sich ja nicht nur auf die BIG und die ganzen Untergesellschaften, BIF, BAF, BUF und was wir da alles haben, sondern natürlich auch auf die Frage, was jetzt mit der KMB ist.

Ich möchte Ihnen noch einmal dringend anraten, Herr Eckhoff: Seien Sie da vorsichtig, hängen Sie sich da nicht so weit aus dem Fenster! Es gibt gerade im Kulturbereich gute Gründe dafür, eine kleine, leistungsfähige, modernisierte Kulturverwaltung zu haben. Das ist völlig richtig, das muss dringend passieren, da bin ich ganz auf Ihrer Seite, aber nicht im Rahmen einer solchen Beleihung der KMB. Das kann man anders regeln.

Man kann auch das, was Sie jetzt als Kulturserviceeinrichtung mit der KMB gemacht haben, im Sinne einer Agentur innerhalb einer solchen modernisierten öffentlichen Verwaltung haben, um nicht nur den Geruch einer öffentlichen Verwaltung zu haben. Wir wissen alle, auf denen lastet der Muff der ganzen Behördenjahre, aber man muss es nicht im Sinne dieser Art der Privatisierung machen, wo die Parlamentsrechte von uns Abgeordneten eingeschränkt werden. Daran können und dürfen wir kein Interesse haben,

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Die werden doch gar nicht eingeschränkt!)

Herr Dr. Schrörs, wir haben in anderen Fällen gesehen, siehe Musical und manche Sachen bei der BIG, dass wir manche Informationen nicht mehr erhalten haben. Das ist teilweise nicht nur eine Vollzugsfrage gewesen, sondern das ist eine Strukturfrage. Das wird uns aber noch gemeinsam beschäftigen, darüber werden wir in den nächsten Wochen und Monaten noch viel streiten.

Von daher ist meine letzte Bemerkung: Seien Sie vorsichtig mit dieser immer weiteren Beleihung, es gibt andere Wege, den öffentlichen Dienst zu reformieren! Dass das getan werden muss, ist völlig richtig. Wir unterstützen an dem Punkt die Bemühungen der Sozialdemokraten, da genauer hinzuschauen und sich da nicht treiben und unter Zugzwang setzen zu lassen, sondern das im Sinne

einer wirklich guten Kulturverwaltung sehr sorgfältig zu prüfen.

Allerletzte Bemerkung, neue Steuerungsformen: Es ist an uns, die Leitlinien der Kulturpolitik zu beschließen. Das hat nicht die KMB zu machen oder sonst wer, sondern wir, und das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten auch weiter tun. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fand die Diskussion doch ganz konstruktiv und gut.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Dachten wir uns!)

Ich habe es sehr bedauert, liebe Frau Trüpel, dass Sie nicht die Luft halten konnten und nicht bereit waren, einer Fristverlängerung zuzustimmen.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kommt noch!)

Ja, das werden wir dann auch machen können. Es wäre schon ganz gut gewesen, und das war auch so mit den Koalitionsfraktionen abgesprochen, diese heutige Debatte mit dem ersten Entwurf des Kulturentwicklungsplans zu verbinden. Das hatten wir uns für den November vorgenommen. Von daher war es bedauerlich, dass Sie nicht dazu bereit waren. Gleichwohl fand ich die Diskussion trotzdem sehr konstruktiv.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen, meine Damen und Herren: Ich habe durch den Koalitionsvertrag den Auftrag bekommen, bis zum Ende des Jahres 2000 einen Kulturentwicklungsplan vorzulegen. Daran arbeiten wir wirklich fieberhaft. Ich darf einmal sagen, was in den letzten 15 Monaten alles parallel gemacht werden musste, und da bin ich sehr selbstbewusst und auch ein Stück weit arrogant, wenn ich bei aller Diskussion, die man ja nun überall zu lesen bekommt, feststellen kann, dass wir bis zum heutigen Tag sehr viel erreicht haben.

Wir haben in den letzten 15 Monaten mehrere Dinge parallel machen müssen. Wir haben die Diskussion um die Finanzausstattung des Kulturressorts gehabt. Die haben wir glücklicherweise mit einem dicken Dankeschön an alle Beteiligten

mit den Haushaltsberatungen im Juni abgeschlossen.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Nein!)

Es wird weitergehen, aber wir haben letztendlich die Debatte der letzten 15 Monate damit beendet! Wir haben parallel dazu harte Diskussionen um Insolvenzverfahren von Kultureinrichtungen geführt - ich nenne nur das Waldau-Theater, ich will die anderen gar nicht alle nennen -, die haben wir erfolgreich bestanden. Wir haben noch nicht alle zum Ende gebracht, aber wir sind parallel damit umgegangen. Wir haben parallel die Diskussion um Strukturveränderungen geführt, die führen wir auch noch weiter, und wir haben parallel dazu - Frau Trüpel, Sie haben nur zwei Gespräche genannt, wir haben mehrere gehabt, Sie haben vielleicht nicht die Gelegenheit gehabt, an mehreren teilzunehmen - die Gespräche spartenbezogen mit Kultureinrichtungen geführt, um im Vorgriff auf unseren Kulturentwicklungsplan Material zu sammeln, Entwicklungen aufzuspüren und vor allen Dingen Grundlagen neu zu legen.

Wir wollen mit dem Kulturentwicklungsplan letztendlich erstens die Qualität erhalten. Es wird uns nicht gelingen, die Quantität zu erhalten, aber wir wollen die Qualität der Bremer Kultureinrichtungen erhalten. Wir wollen zweitens die verlässlichen Rahmenbedingungen organisieren, damit sich die Kultureinrichtungen nicht von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr, sondern über einen längeren Zeitraum, im Rahmen von Kontrakten, auf das verlassen können, was auf sie zukommt, und wir wollen drittens Perspektiven für die Zukunft entwickeln und nicht nur das Bewahrende fortführen.

Dabei haben Sie, Frau Trüpel, ein richtiges Wort genannt, Sie haben von dem ungeheuren Nachholbedarf gesprochen. Der ist da, nicht nur das, was Herr Eckhoff eben völlig zu Recht gesagt hat. Wir haben in den letzten 15 Monaten eine Vielzahl von Einzelentscheidungen treffen müssen, treffen können, die einfach notwendig waren, weil wir sonst auch mit den weiteren Entwicklungen nicht hätten Schritt halten können. Ich möchte nämlich in den Kulturentwicklungsplan nicht nur Ziele hinschreiben, heiße Luft, wie Sie gesagt haben, sondern ich möchte bereits die Perspektiven aufschreiben, die wir jetzt erarbeiten, mit möglichst konkreten Hintergründen.

Ich möchte eben nur ein paar Punkte nennen: Wir haben die beiden neuen Stiftungen, die neuen Eigenbetriebe, so auf den Weg gebracht, auch mit neuen kaufmännischen Komponenten, dass sie jetzt dauerhaft, glaube ich, in Zukunft arbeiten können. Es gibt die heiße Diskussion mit dem Theater. Bei aller Diskussion, die wir auch gehabt

haben - ich gebe zu, auch parteiintern, aber die Diskussion ist doch konstruktiv -, ist es so, dass wir erstmalig, ich bin nun 25 Jahre im Aufsichtsrat, herangehen, wirklich Strukturen, auch Tarifstrukturen neu zu definieren, und zwar einvernehmlich, sogar mit dem Personalrat des Theaters. Ich habe nächste Woche ein Gespräch mit der Betriebsversammlung. Ich glaube, wir haben zum ersten Mal die Chance, einen neuen Weg zu gehen.

Wir sind außerdem intensiv dabei, mit der Philharmonischen Gesellschaft, dem Orchester und dem Theater zusammen über neue Strukturen des Philharmonischen Staatsorchesters nachzudenken, auch da in der Hoffnung, neue Wege zu finden, nicht nur das Bewahrende zu halten, sondern auf neue Strukturen überzugehen. Wir sind, das wurde mehrfach erwähnt, mit dem leidigen Thema Stadtbibliothek zu einem Ende gekommen. Das Eins-plus-vier-Konzept wird umgesetzt mit der Zentrale, die wir jetzt haben, und die Volkshochschule wird einen neuen Standort finden.

Wir haben glücklicherweise nun auch diese Personalentscheidung treffen können, die in den Vorjahren nicht getroffen werden können. Wir haben weitere wichtige Personalentscheidungen getroffen beim Deutschen Schifffahrtsmuseum, das hat jetzt zwar keinen Bezug zur Stadtbürgerschaft Bremen, aber auch da gab es viele Dinge, die entschieden werden mussten. Ich glaube, wir haben dort wichtige Grundsatzentscheidungen getroffen. Wir werden demnächst den GMD ausschreiben.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Wann denn?)

Ich hoffe, am nächsten Wochenende steht sie in der „Zeit“, liebe Frau Trüpel,

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie hoffen es!)

sonst übernächste Woche!

Es ist jedenfalls jetzt alles so weit, dass wir das machen können. Das heißt, wir haben viele Dinge parallel machen können und müssen. Ich bin sehr zufrieden, dass wir so viel erreicht haben, Frau Trüpel, das ist keine heiße Luft! Parallel zu den ganzen Diskussionen, die Sie hier eben kritisiert haben, sind solche ganz konkreten Entscheidungen getroffen worden. Deshalb kann ich nur sagen, wir sind sicher, dass wir im November, spätestens in der Sitzung der Deputation für Kultur am 15. Dezember 2000 den Kulturentwicklungsplan vorlegen werden. Da werden diese Strukturen vorgeschlagen mit einer Zukunftssicherung der Bremer Kulturlandschaft.

Lassen Sie mich noch, Frau Trüpel, einen Satz sagen, weil Sie zweimal Herrn Hockemeyer zitiert haben, der ja hier auch früher einmal ein Kollege dieses Hauses war und sich dankenswerterweise auch sehr für das Anliegen der Kultur stark gemacht hat! Herr Hockemeyer hat sich in dieser Ausgabe der Kammerzeitung hier in Bremen, in der die Kulturleitlinien vorgestellt wurden, in seinem Vorwort ausdrücklich klar und eindeutig hinter die Sanierungspolitik des Bremer Senats gestellt, hat dort auch eindeutig und klar die Investitionspolitik des Senats unterstützt und unterstrichen. Er hat bei diesem Vorwort keinen Satz zu der Kulturpolitik und der Notwendigkeit gesagt, dass man in der Kulturpolitik konsumtive Mehrausgaben tätigen muss, sondern Herr Hockemeyer hat genau das getan, was wir miteinander verabredet haben, nämlich vorgeschlagen, neue Wege zu gehen, auch zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen. Da ist zum Beispiel das Stiftungswesen ein ganz wichtiges Thema, das wir hoffentlich noch in diesem Herbst machen werden.

Das heißt, man kann hier nicht einfach die Handelskammer vereinnahmen, dass sie uns als Senat aufgefordert und gesagt hat, mehr konsumtive Ausgaben zu produzieren. Wir müssen neue intelligente Wege finden, wie wir die Mehrbelastungen auch gerade im Kulturbereich auf neue Schultern stellen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Weg, den wir gehen würden.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen, liebe Frau Trüpel, Sie haben gesagt, es sei die Geburt einer Tragödie! In der alten klassischen griechischen Dramenform gab es ja nur die Komödie und die Tragödie. Die Komödie wollen wir hier nicht gemeinsam spielen. Bei der Tragödie gab es die handelnden Personen und den Chor, der immer mit einer etwas melancholischen Linie die handelnden Personen begleitet hat. Der Chor mögen Sie sein, aber die handelnden Personen, die auch bei der Tragödie die Zukunft sehen und das Ergebnis am Ende ihres Zieles beschreiben und insofern konstruktiv in die Zukunft schauen,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Tragödie bleibt Tragödie!)

in diesem Sinne bin ich gern bereit, handelnde Person in einer Tragödie zu sein, wenn am Ende etwas Gutes steht. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats auf die Großen Anfragen Kenntnis.

Alternativen zum Rhodarium

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Juli 2000
(Drucksache 15/200 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. August 2000

(Drucksache 15/201 S)

Wir verbinden hiermit:

Rhododendronpark aufwerten - neue Chancen für Umwelt und Tourismus nutzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Oktober 2000
(Drucksache 15/222 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin, dass Sie darauf verzichten!

Meine Damen und Herren, wir treten dann in die Aussprache ein.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die grüne Bürgerschaftsfraktion hat eine Große Anfrage über das Rhodarium eingebracht. Es geht uns dabei um die Frage, welche Planungsprobleme, Entscheidungsprobleme und Mängel es eigentlich in der Vergangenheit bei dem Rhodarium - oder heute kann man ja zum Glück Ex-Rhodarium sagen - in der Umweltbehörde gegeben hat. Dazu haben wir eine Große Anfrage eingebracht, und zu diesem Punkt Vergangenheitsbewältigung werde ich hier sprechen.

In einem zweiten Redebeitrag wird meine Kollegin Frau Dr. Mathes unseren grünen Antrag hier erläutern, der versucht, in die Zukunft zu schauen, und ein paar Bedingungen nennt, unter denen wir glauben, wie man den Rhododendronpark und

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

das von der großen Koalition jetzt anvisierte „Botanika im Park“ weiterentwickeln kann. So wollen wir hier diese Debatte bestreiten.

Man könnte jetzt ja sagen, die Große Anfrage der Grünen hat sich erledigt. Bei der letzten Bürgerschaftssitzung ist es ja auch mit Erfolg gelungen - Herr Eckhoff freut sich immer noch darüber - zu verhindern, dass man das ein bisschen zeitnäher debattiert.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Nein, so kann man das nicht sehen!)

Jetzt ist es ja so, dass es wohl eine Einigung zwischen den Fraktionsvorsitzenden gegeben hat, wie das mit dem Rhodarium weitergehen soll.

Aus unserer Sicht hat sich die Debatte über die Große Anfrage der Grünen nicht erledigt, weil wir nämlich glauben, dass man aus den Planungsmängeln und -fehlern, die da in der Umweltbehörde gemacht worden sind, auch ein bisschen lernen kann. Deshalb werde ich hier noch einmal darstellen, wie sich das aus unserer Sicht zeigt.

Ausgangspunkt war ein schöner, über Bremen hinaus bekannter Park, nämlich der Rhododendronpark, in den jedes Jahr vier Millionen DM öffentliche Mittel an Zuschussbedarf geflossen sind. Ausgangspunkt war auch ein Management, das Management des Parks, das, um es hier freundlich zu sagen, mit Sicherheit Unterstützung benötigt, um die Eigeneinnahmen in diesem Park zu erhöhen, und Ausgangspunkt waren auch Gewächshäuser, die dringend renovierungsbedürftig waren und deren Erde den wertvollen Pflanzen nicht mehr gut tat. Diese Situation haben wir hier alle gemeinsam vorgefunden.

Dann folgte eine gute Idee, nämlich der Park sollte durch ein neues Gewächshaus aufgewertet werden, zu dem dann mehr Besucherinnen und Besucher kommen, wo eigene Einnahmen erzielt werden können, und das sollte interessant kombiniert werden mit einem Erlebnismuseum. Das alles sollte Bundeszuschüsse erhalten und auch noch zur Expo fertig sein.

Dieses Projekt ist in der Öffentlichkeit und auch in den Fraktionen des Hauses gut angekommen, diese Idee hat viele begeistert, das Projekt wurde einstimmig beschlossen. Das war im November 1997. Für die Grünen war das auch ein besonderes Projekt. Ich glaube, das ist Frau Senatorin Wischer auch so gegangen, weil es nämlich eines war, das mit einem Umweltgedanken es geschafft hatte, in diese besonderen Weihen des Investitionssonderprogramms zu kommen. Es war also

ein ISP-Projekt mit Umwelthintergrund, und das war für die Grünen besonders wichtig.

Zweieinhalb Jahre später haben Sie dann, Frau Senatorin Wischer, vor einem Scherbenhaufen gestanden. Nach zweimaligen Nachbesserungen der Kostenschätzungen mit den jeweiligen Umplanungen, ein bisschen Umplanung, vielleicht aber auch nicht ausreichend, wusste keiner mehr, wie es weitergehen soll. Es wurden auch die Zweifel größer, ob die kalkulierten Besucherzahlen von 280.000, die den parlamentarischen Gremien mitgeteilt wurden als diejenigen, die es möglich machen sollten, die Sache kostendeckend zu bewirtschaften, tatsächlich auch zu erreichen seien, und es wuchs auch der Widerstand im Ortsteil Horn, wo ein Großteil der Bevölkerung befürchtet, oder sagen wir einmal die Meinungsführer in der Bevölkerung, der Park würde nun gänzlich dem Kommerz geopfert.

Peu à peu drangen Einzelheiten aus Ihrem Haus in die Öffentlichkeit, und die öffentlichen Zweifel wurden größer und größer. In diesen zweieinhalb Jahren ist es wirklich dazu gekommen, dass das Rhodarium ein Symbol für Bremen geworden ist; ein Symbol nämlich für eine Investitionspolitik ohne Augenmaß, für eine Sanierungspolitik ohne Rücksicht auf Verluste, für Augen zu und durch! Soweit war es gekommen, bis dann im Mai 2000 der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Jens Böhrnsen dem Rhodarium die Unterstützung des Parlaments entzog, zum Glück, sagen wir, und die Notbremse zog.

Zu diesem Zeitpunkt war klar, die bisherige Planung des Rhodariums und deren Umsetzung waren offenkundig außerordentlich mangelhaft. Niemand glaubte mehr daran, dass das bewilligte Geld ausreichend sein könnte und genug Besucherinnen und Besucher kommen, um sicherzustellen, dass die Stadt nicht in eine Dauerbezuschussung unbekannter Größe rutscht. Über Presseveröffentlichungen, Akteneinsicht und jetzt auch den Bericht des Landesrechnungshofs kam eine Reihe von Sachen heraus, die nicht besonders schmeichelhaft für Ihr Haus sind.

Im Umweltressort war man in dieses Projekt dermaßen verliebt, nämlich in das Rhodarium, dass, da bleiben wir auch bei unserer Einschätzung, die kritische Distanz zur eigenen Sichtweise sukzessive abhanden gekommen ist, oder einfacher, vielfach war der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Baumaßnahme wurde lange ohne Beteiligung des Bauressorts geplant. Das ist ein ganz klarer Verstoß gegen die Richtlinien des Senats, die vorschreiben, dass bei allen Bauvorhaben das Bauressort eingeschaltet werden muss

beziehungsweise die ihm unterstehenden Behörden.

Die Vergabe der Projektsteuerung an einen Projektsteuerer, ob man so etwas überhaupt braucht, darüber sollten wir auch noch einmal in Ruhe reden, ist am Bauressort vorbei erfolgt, und was wir noch gravierender finden, es handelt sich um eine EU-widerrechtliche Vergabe, weil es, das beantwortet der Senat zwar anders, wir bleiben aber bei unserer Einschätzung, von der Größenordnung der Projektsteuerung zu einer EU-weiten Ausschreibung hätte kommen müssen, stattdessen wurde die Projektsteuerung in Ihrem Haus freihändig vergeben.

Es hat unrealistische Terminplanungen gegeben, die dann den parlamentarischen Gremien als solche vorgestellt wurden. Ich sage einmal, zu diesem Spielchen gehören natürlich auch immer Leute dazu, die die Geschichten glauben. Da haben wir jetzt aber, was das Musical betrifft, vielleicht auch insgesamt als Parlament eine Menge dazugelernt. Es hat auf der einen Seite detaillierte Planungen des Innenlebens, des Besucherzentrums auf Kosten des Investitionssonderprogramms gegeben, die eigentlich Sache des Betreibers wären. Auf die Art und Weise hat man sichergestellt, dass die zukünftigen Betreiberkosten niedriger gehalten werden, als sie in Wirklichkeit gewesen wären.

Es hat in einer ganzen Reihe von Geldausgaben keine schriftlichen Verträge gegeben. Mündliche Absprachen bewirken in diesem Zusammenhang aber gerade besonders hohe Kosten. Die Architektenhonorare sind mit einer Größenordnung von zehn Prozent angegeben in der Antwort des Senats, es ist aber überall üblich, dass bei schriftlichen Verträgen niedrigere Architektenhonorare vereinbart werden. Wenn man es aber nicht schafft, einen schriftlichen Vertrag zu schließen, dann muss man natürlich diesen hohen Betrag bezahlen. Das ist auch ein zentraler Bereich von Missmanagement in Ihrem Haus, der Kosten in die Höhe getrieben hat.

Auf der einen Seite haben also Bauressort, Projektsteuerer, Architekten und Umweltressort an diesem ganzen Projekt irgendwie herumgewirbelt. Wenn man die Protokolle sich ansieht, dann merkt man, dass das nicht besonders gut geraten ist, weil es nämlich im Grunde nicht mehr genau klar war, wer eigentlich welche Kompetenzen hatte und wer da eigentlich die Sache noch im Griff behält. Das war sozusagen die eine Seite. Die andere Seite war, dass man in diesem ganzen Tohuwabohu eine Küchenplanung auch noch mit Kosten extern vergeben musste.

Es hat viele Sitzungen gegeben, viele Gespräche untereinander und auch viele Caférechnungen, allerdings ist mit der Parkleitung oder den Personen, die das Konzept für das Erlebnismuseum entworfen haben, die man aus unserer Sicht dringend dabei gebraucht hätte, nicht gesprochen worden.

Frau Senatorin Wischer, mir ist klar, dass Sie jetzt nicht mehr besonders viel Interesse an Vergangenheitsbewältigung haben, weil es eine Chance gibt, dass die Sache weitergeht, das wollen die Grünen auch, wir wollen das unterstützen, aber es wäre ganz gut, wenn Sie in diesem Zusammenhang auch eine Reihe von den Fehlern, die auch in Ihrem Haus gemacht worden sind, ich sage noch nicht einmal aus böser Absicht, aber irgendwie kostentreibend und gravierend sind sie trotzdem, einräumen würden.

Es gibt, was das Rhodarium betrifft, keine große Verschwörung in dieser Stadt oder in diesem Haus, sondern es gibt einfach Mitarbeiter in Ihrem Haus, die offensichtlich sehr motiviert, aber insgesamt mit der ganzen Sache überfordert sind, und es ist leider Fakt, dass in dieser Angelegenheit auf die Art und Weise relativ viel Murks erzeugt wurde, relativ viel Geld unnötig ausgegeben wurde.

Es kommt auch noch hinzu, dass es im Moment einige ausgegrabene Pflanzen gibt, denen es zum Teil auch nicht besonders gut geht. Es wäre einfach wichtig, dass Sie das einräumen, damit in Zukunft da eine klarere Linie gefahren wird und eben nicht, auch in Ihrem Hause nicht, das Gefühl aufkommt, dass man es endlich geschafft hat, weil das ja jetzt ein ISP-Projekt ist. Dann entsteht so eine Haltung, dass es nicht so richtig darauf ankommt und bei den Renommierobjekten der großen Koalition man nicht so richtig auf das Geld sehen muss.

Uns war das wichtig, diese Angelegenheit hier im Rahmen einer Großen Anfrage zu klären, deshalb haben wir auch Akteneinsicht gefordert. Es gab Stimmen, die einen Untersuchungsausschuss gefordert haben. Was meine Kollegin Frau Dr. Matthes und ich in den Unterlagen gefunden haben, hat auch weitere Fragen ergeben, und wir behalten uns das vor, diese in Zukunft auch zu klären. Aber noch einmal, es ist wichtig, dass Sie jetzt nicht irgendwie so, wie Staatsrat Logemann das dann in der Zeitung gemacht hat, meinen, an der ganzen Sache sei überhaupt nichts, und im Grunde müsse man jetzt die Grünen und den Rechnungshof beschimpfen, getreu nach der alten Strategie, Angriff ist die beste Verteidigung.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Räumen Sie hier auch Fehler ein, anders als in der Antwort des Senats, dann kann es auch gut sein, weil dann nämlich für uns auch Vertrauen entsteht, dass Sie in Zukunft ein paar Sachen anders machen! Wir haben ja Interesse daran, dass mit dem Rhododendronpark etwas passiert, und wir haben Vorstellungen, die meine Kollegin Frau Dr. Mathes gleich erläutern wird. Vergangenheitsbewältigung ist immer dann wichtig, wenn man daraus etwas für die Zukunft lernt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss gestehen, noch vor vier Wochen wäre mir eine Debatte zum Rhodarium schwer gefallen, da gebe ich der Kollegin Linnert Recht, dass das besser ist, dass wir das heute debattieren und nicht vor vier Wochen. Letzten Donnerstag haben die Wirtschaftsförderungsausschüsse mit den Stimmen von CDU und SPD endlich über die Zukunft des Rhodariums oder, besser gesagt, die Vergangenheit des Rhodariums und jetzt der zukünftigen touristischen Aufwertung des Rhododendronparks entschieden. Das Projekt Rhodarium ist beendet, jetzt heißt es Botanika im Park und bedeutet die Sanierung des Kaisen-Hauses, die Errichtung eines neuen attraktiven Gewächshauses sowie eines Besucherzentrums.

Für die SPD-Fraktion kann ich sagen, dass wir diese Entscheidung voll und ganz unterstützen,

(Beifall bei der SPD)

beinhaltet sie doch das, was wir im Mai dieses Jahres als Fraktion beschlossen haben und was auch die Arbeitsgruppe unserer Fraktion mit erarbeitet hat: den Erhalt des Charakters des Rhododendronparks und seine Aufwertung, die Errichtung eines Besucherzentrums und die weitere Zusammenarbeit und eventuell daraus die Förderung durch das Bundesamt für Naturschutz und nicht zuletzt erhebliche Kostenreduzierung gegenüber den Rhodariumsplanungen.

(Beifall bei der SPD)

Ausdrücklich beinhaltet der Beschluss der Wirtschaftsförderungsausschüsse, die Planung für das Besucherzentrum weiterzuführen. Damit sind nicht nur Zuschüsse durch das Bundesamt für Naturschutz zu erwarten, am Ende kann in Zusammenarbeit auch mit den Freunden des Rhododendronparks, mit der Universität und vielleicht anderen Dritten aus Wissenschaft und Industrie diese

weltgrößte Sammlung wild lebender Rhododendren zu einem international anerkannten Kompetenzzentrum für Rhododendren werden.

Man könnte nun fragen, warum nicht gleich so! Ich muss zugeben, es fällt mir auch nicht leicht, diese Entscheidungen den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb oder den Ortsvereinen und Beiräten im Stadtteil zu erklären. Auch ich war wie viele andere fasziniert von dieser wunderbaren Idee, diese ganze eine Welt, die Senatorin hatte immer so schöne Gesten dazu gemacht, die kann ich gar nicht so wiedergeben, mittels unserer Rhododendren hier in Bremen darzustellen und begreifbar zu machen. Aber mit der Zeit wurden die kritischen Stimmen doch lauter, ob wir uns das als Haushaltsnotlageland überhaupt leisten können, wie in Oberneuland und in Horn das gestiegene Verkehrsaufkommen bewältigt werden sollte, wie es mit der Maßstäblichkeit des Parks ist und ob am Ende doch nicht alles viel teurer wird.

Die SPD-Fraktion hat sich damals doch schweren Herzens entschlossen, nicht zuletzt wurden auch bei uns die kritischen Stimmen lauter, nein zu sagen zum Rhodarium, nein zu sagen zu einem Projekt, das einerseits von der Sache her immer noch sinnvoll und richtig ist, aber andererseits nicht passt in ein Land, wo man sparen muss an allen Ecken und Enden und wo wir den Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt Einschnitte in die Lebensqualität hier in der Stadt zumuten, die über dem Maß des Normalen liegen. Mit dem vorliegenden Konzept sparen wir 15 bis 20 Millionen DM ein. Das ist einiges, finde ich.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, das ist unsere Antwort auf die Frage, warum unser Nein zum Rhodarium zwar spät kam, aber nicht zu spät. Es wäre falsch, sich jetzt auf dem Erreichten auszuruhen. Es muss noch genug Geld ausgegeben werden, das ist klar, da haben Sie Recht, Frau Linnert. Wir müssen jetzt genau hinsehen, wie es weitergeht, nun sind die detaillierte Konzeption und Umsetzung nötig.

Zum Beispiel muss ein Betreiber gefunden werden, denn mit diesem und dessen Kreativität stehen und fallen am Ende der touristische Erfolg und auch die Besucherzahlen, die das Ganze wirtschaftlich machen sollen. Eine europaweite Ausschreibung mit ganz konkreten Vorgaben halte ich an der Stelle für unerlässlich. Es gibt also noch einiges zu tun, packen wir es an!

(Beifall bei der SPD)

Frau Linnert, Sie haben das Missmanagement in der Baubehörde und in der Umweltbehörde ange-

sprochen. Das ist ein ganz ambitioniertes Projekt, das seinesgleichen sucht. Ich bin nun seit über zehn Jahren selbst in der Bauwirtschaft tätig, und dann ist im Grunde alles Missmanagement, da können auch Fehler passieren, das gestehe ich auch der Verwaltung zu, damit habe ich überhaupt kein Problem, da wir hier etwas gemacht haben, was wir im Grunde genommen das erste Mal gemacht haben.

Noch zu Ihrem Antrag! Ich gehe darauf jetzt schon ein, weil ich hier eigentlich nicht zweimal reden möchte. Es freut uns ja, dass Sie jetzt doch noch nachträglich der Entscheidung der Wirtschaftsförderungsausschüsse zustimmen, so verstehe ich jedenfalls Ihren Dringlichkeitsantrag. Ökobilanz, Mobilitätskonzept und Energiesparen sind, denke ich, Themen, die wir sicher in den konkreten Planungen und in der zuständigen Fachdeputation mit bereden werden. Teilweise ist das ja schon im Zusammenhang mit dem großen Rhodariumsprojekt geschehen. Zum Beispiel ist der Umweltdeputation im November letzten Jahres der Entwurf eines Mobilitätskonzepts vorgelegt worden, und das Büro für Verkehrsökologie hat auch solche Fragen wie ÖPNV und Erreichbarkeit et cetera besprochen. Des Weiteren sind mit der Energiekonsens GmbH, soweit ich weiß, auch energetische Konzepte Richtung Brennkessel oder Solarenergie angedacht worden.

Ich nehme an, dass diese Sachen nicht einfach in der Schublade oder im Reißwolf verschwunden sind. Ich bin mir auch ziemlich sicher und halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass das Umweltressort die Themen Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit nicht außen vor lässt. Deshalb müssen wir hier in der Bürgerschaft nicht extra noch auf die Beschlüsse der Wirtschaftsförderungsausschüsse einen Antrag der Grünen darauf setzen. Wir lehnen ihn daher ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über Altes soll man nicht so lange reden, weil ja auch etwas Neues, Schönes entstanden ist. Deswegen möchte ich für die CDU-Fraktion folgende Feststellung treffen: Die Wirtschaftsförderungsausschüsse haben am 5. Oktober beschlossen, dass der Park aufgewertet werden soll, die alten Häuser bis auf das Kaisenhaus werden abgerissen. Dafür werden ein neues großes Gewächshaus und ein Besucherinformationszentrum gebaut.

Die Kosten gegenüber den alten Planungskosten für das Rhodarium reduzieren sich auf rund 40 Millionen DM inklusive der Altlasten, die schon für das geplante Rhodarium angefallen sind. Eine weitere Reduzierung durch den Einsatz von Bundesmitteln ist möglich oder wahrscheinlich, so dass wir sogar auf ungefähr 35 Millionen DM kommen und dann diese Einsparung von rund 20 Millionen DM, die Frau Kummer eben genannt hat, erreicht werden kann. Die ganze leidige Angelegenheit hat damit für alle ein gutes Ende gefunden, finden wir, meine Damen und Herren, und das ist die Hauptbotschaft, die man jetzt bringen kann.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Natürlich kann man, und Frau Linnert hat es ja gemacht, und ich gebe ihr auch in vielen Dingen Recht, jetzt wieder anfangen und über den Beginn und über die Planungserfolge oder -misserfolge des Rhodariums und die Arbeit, die im Umweltressort geleistet worden ist, diskutieren. Ich kann nur sagen, nachdem die Beschlüsse gefasst worden sind, 55 Millionen DM für das Rhodarium auszugeben, sind kaum ein paar Monate vergangen, da wussten wir ja schon, dass diese Kosten nicht eingehalten werden konnten. Es ist jetzt erst einmal egal, wer und wann den Stopp insgesamt nachher veranlasst hat, wir haben in mehreren Schreiben immer darauf hingewiesen, dass es nicht angehen kann, dass der Betrag von 55 Millionen DM überschritten wird. Das ist deutlich dokumentiert im gesamten letzten Jahr.

Dass wir jetzt eine wesentlich größere Reduzierung erreicht haben, ist für alle insgesamt eine gute Sache und gibt uns auch vielleicht die Möglichkeit, in der Diskussion ist noch einmal ein Bioversum gewesen, mit den ersparten Mitteln Überlegungen anzustellen, wie wir zum Beispiel an der Universität gegenüber dem Universum weitere Projekte zur Aufwertung dieser ganzen Sache machen können.

Es hat also mehrere gute Aspekte gehabt, dass wir darüber nachgedacht und jetzt diese Entscheidung getroffen haben. Wir sollten nicht mehr zu viel in der Vergangenheit herumrühren, denn das Ergebnis, das wir erzielt haben, ist gut und kann sich sehen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dem Antrag der Grünen wollen wir nicht zustimmen. Wir wollen die Planungen sich in Ruhe entwickeln lassen, und ich bin überzeugt, dass das, was eben auch Frau Kummer gesagt hat, Eingang in die endgültigen Planungen finden wird, über die

wir auch Bericht erstattet bekommen. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss zunächst einmal die Äußerung, die Grünen hätten in den Wirtschaftsförderungsausschüssen nicht zugestimmt, korrigieren. Das stimmt nicht! Die Grünen haben der Variante, die dort entschieden wurde, zugestimmt. Wir finden es richtig, dass in die Aufwertung des Rhododendronparks investiert wird, weil es dringend notwendig ist, dass die dort vorhandenen Pflanzenbestände gerettet werden, und weil es sinnvoll ist, die Potentiale des Parks für eine ganzjährige Attraktivität zu nutzen.

Diese ganzjährige Attraktivität soll neben dem Neubau eines Gewächshauses durch ein Besucherzentrum erreicht werden. In diesem Besucherzentrum soll sich dann ein Erlebnismuseum befinden. Zu diesem heißt es in der Mitteilung des Senats zu unserer Großen Anfrage, ich zitiere:

„Das erarbeitete Museumskonzept/Drehbuch ist auf das ursprünglich geplante Gebäude Rhodarium explizit zugeschnitten und kann nicht problemlos auf andere Gebäude übertragen werden. Das Museumskonzept beinhaltet zwingend sowohl das Besucherzentrum als auch die verschiedenen Gewächshausbereiche, in denen die im Besucherzentrum am Modell dargestellten Themen am konkreten lebenden Beispiel gezeigt werden sollten. Vor diesem Hintergrund ist lediglich die Grundidee übertragbar, nicht die Exponate.“

Diese vom Senat getroffene Aussage ist schlichtweg falsch! Die Entscheidung der Wirtschaftsförderungsausschüsse, wenn Sie sich die genau ansehen, die damit zusammenhängt, dass der Zuschuss durch das Bundesamt für Naturschutz möglich sein soll, bedeutet genau, dass dieses Konzept, das bisher erarbeitet wurde, auch übertragbar ist mit dieser Variante. Für die Museumsinhalte waren bisher gut vier Millionen DM veranschlagt, und davon sind bereits 580.000 DM ausgegeben. Wir Grünen wollen, dass dieses Geld nicht auch noch in den Sand gesetzt wird.

Das bisher als Botanika im Park bezeichnete Projekt beinhaltet also als neue Elemente das Besucherzentrum mit Erlebnismuseum. In diesem Museum sollen ökologische Zusammenhänge interaktiv und spielerisch vermittelt werden. Ferner ist das neue Gewächshaus geplant. Dort sollen, was auch ein neues Element ist, die Rhododendren in

ihrem Bezug zu ihrem Lebensraum dargestellt werden.

Warum das als Botanika im Park bezeichnet wird, ist mir aber schleierhaft. Meines Erachtens zeugt dieser Begriff wirklich von deutlicher Unkenntnis. Der Begriff Botanik heißt nämlich Pflanzenkunde. Das Neugeplante hat aber weniger mit Pflanzenkunde zu tun als der Park bisher schon. Er hat nämlich einen hervorragenden botanischen Garten, in dem man Pflanzenkunde betreiben kann. Das wirklich Neue in diesem Park wäre eher mit den Begriffen Biotop oder Ökosystem zu beschreiben. Als neue Bezeichnungen für diesen Park, wie man das, was Neues entwickelt werden soll, treffender beschreiben könnte, schlagen wir daher vor, es vielleicht Biotopika oder Ökoversum zu nennen. Damit wäre zumindest das, was dort an neuen Elementen vorgesehen ist, richtiger umschrieben. So weit zu unserem Namensvorschlag!

Jetzt zu unserem Antrag: Mit dem geplanten Besucherzentrum soll unter anderem die Gefährdung der Artenvielfalt und der Diversität von Lebensgemeinschaften verdeutlicht werden. Bündnis 90/Die Grünen sieht es hier als besondere Herausforderung an, bei der Neuplanung des Gesamtprojektes das ökologische Wissen auch mit dem entsprechenden Handeln zu verknüpfen. Glaubwürdigkeit heißt nämlich nicht reden, sondern tun. Das heißt, hier sind eine ökologische Bauweise und umweltverträgliche verkehrliche Erschließung ein Muss. Deshalb bitten wir den Senat, auf der Grundlage einer Ökobilanz des Gesamtvorhabens zu prüfen, erstens, wie das Ziel null Emission - vielleicht auch besser bekannt unter zero emission - beim neuen Gewächshaus erreicht werden kann, und zweitens, wie eine umweltfreundliche Anreise mit Fahrrad, Bus und Bahn gewährleistet werden kann.

Hier eine Anmerkung: Ich habe in den gesamten letzten Beiratssitzungen Vertreterinnen und Vertreter sowohl des Senats als auch der Fraktionen der SPD und der CDU vermisst. Gerade die Beiträge dort und die Anwohner haben sich sowohl in der Veranstaltung der Grünen als auch in den entsprechenden Sitzungen sehr stark eingebracht für Möglichkeiten, für Alternativen und Ideen gesammelt. Ich finde, über diese kann man nicht einfach so hinweggehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Letztendlich wollen wir Grünen, dass das Ökoversum oder Biotopika Baustein eines sanften Tourismus wird.

Ein letzter Punkt, meine Damen und Herren von der großen Koalition: Sie haben unnötig viel Zeit

vergeudet und damit den Vitalitätszustand der wertvollen Rhododendren beeinträchtigt. Warum sind eigentlich mehrere Monate zwischen dem politischen Beschluss, das Rhodarium zu Grabe zu tragen, und der Vorlage der Wirtschaftsförderungsausschüsse verstrichen? Die Zeit, die Sie sich lassen, zeugt von wenig Engagement für den Erhalt der wertvollen Pflanzenbestände. Ein „Weiter-so-im-Schnecken-tempo“ darf es nicht mehr geben. Der Planungsprozess muss jetzt zügig fort- und umgesetzt werden.

Besonders wichtig ist, das ist eine zentrale Forderung unseres Antrags, und wie ich gehört habe, will das sowieso das Umweltressort beziehungsweise der Senat machen, das würde uns freuen, dass das Kaisen-Haus umgehend saniert wird. Es darf hier keinen weiteren Aufschub geben. Die umgehende Sanierung des Kaisen-Hauses ist erforderlich, um die wertvollen Pflanzenbestände nicht noch weiter unnötigen Risiken auszusetzen. Es ist nämlich nicht garantiert, dass bis zum Winter 2001/2002 das neue Gewächshaus fertig ist.

Eine letzte Bemerkung zum Antrag: Wenn Sie ihn für selbstverständlich halten, kann ich nicht eingreifen, warum man ihm nicht zustimmen kann. Es ist auch kein Antrag auf Entscheidung, sondern er geht in die Richtung, bestimmte Aspekte im Planungsprozess zu berücksichtigen, und diese Aspekte sind von zentraler Bedeutung für dieses Projekt, weil nämlich das, was man dort mit dem Erlebnismuseum vermitteln will, auch mit entsprechendem Handeln zu verbinden ist. Darum kann ich Ihre Entscheidung nicht verstehen. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Linnert, ich gestehe freimütig, dass so ein Beitrag wie der Ihre mich schmerzt und in einer tiefen Wunde herumbohrt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tut mir Leid, ich sitze hier ja auch nicht zur Dekoration!)

Das wäre auch nett, aber das habe ich auch nie so verstanden. Sie gestatten mir aber trotzdem, dass ich das so freimütig sage. Dass ich zu einigen Ihrer Anmerkungen auch eine dezidiert andere Auffassung habe, das wissen Sie auch. Gleichwohl will ich gern einräumen, dass das Ergebnis, das wir erlebt hatten, der Stopp, ein Hin-

weis darauf ist, dass wir einen Fehler gemacht haben. Das sehe ich auch so. Wo genau der liegt, daran arbeite ich noch, das für mich klarzubekommen.

Eine ganze Reihe von Vorhaltungen, die Sie gemacht haben, ist nicht zutreffend, und wenn Sie immer vom Umweltressort reden, so ist dies eine Gemeinschaftsleistung gewesen, gerade wenn Sie sich auf Wirtschaftlichkeitsberechnungen und die Frage beziehen, ob sich das trägt. Dies ist nicht das Umweltressort, das diese Berechnungen gemacht hat, sondern wir haben uns hier auf die Basis des BAW gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort bezogen.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Aber die Besucher konnten gar nicht erst kommen, weil vorher die Fehler gemacht wurden!)

Herr Eckhoff, ich reagiere nur darauf, dass hier gesagt worden ist, die Zahl der Besucher beziehungsweise die Wirtschaftlichkeit sei nicht richtig berechnet worden. Sie gestatten mir, dass ich es so nüchtern sage, dies sind nicht unsere Berechnungen gewesen!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Das hätten wir gern getestet, Frau Senatorin!)

Ich habe sehr geduldig ertragen, was Sie vorgebracht haben, insbesondere Frau Linnert.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Ich habe noch gar nichts gesagt!)

Aber Sie intervenieren ja jetzt, dann müssen Sie mir auch gestatten, dass ich sage, dass es auch nicht nur eine einsame Leistung des damaligen Umweltressorts war, sondern dass es natürlich mit dem Bauressort zusammen gemacht wurde, gerade was die äußere Hülle und die Ausschreibung betrifft. Ich distanziere mich nicht davon, sondern es war damals, Ihnen allen vorgetragen, von Ihnen allen auch mitgetragen, ein spannender neuer Bau, der auch begeistert hat.

Wenn Frau Kummer das angesprochen hat, was die Inhalte anbelangt, so waren sie es in der Tat, die mich die ganze Zeit getragen haben, dieses Projekt zu machen, die Inhalte waren in der Tat, um einmal von unseren Sonntagsreden wegzukommen, dem Nachhaltigkeitsgerede, von der einen Welt, von der wir immer reden, Anlass, hier einmal handfest ein Projekt zu machen, das die Zusammenhänge darstellt zwischen diesen Pflanzen, den Rhododendren, und den Lebensweisen, von der einen Welt und ihren Zusammenhängen. Genau das waren der Inhalt und der Motor dieser Entwicklung, vor dem Hintergrund, Sie haben es

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

angesprochen, dass wir im Park eine katastrophale Situation gehabt haben, dass die Pflanzen kaputt gegangen sind und die Gewächshäuser es nicht mehr getragen haben.

Ich will jetzt gar nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Richtig ist, dass wir uns ein unglaublich ambitioniertes Projekt vorgenommen haben, gerade auch nach der Ausschreibung, dass wir mit der Projektsteuerung, die wir im Übrigen auch wiederum einvernehmlich mit dem Bauressort bestellt hatten, an einem bestimmten Punkt gemerkt haben, dass es nicht klappt. Das ist eines der Probleme, mit denen wir uns auseinandergesetzt haben. Gleichzeitig muss aber gesagt werden, dass wir selbst dann an dieser Stelle gesagt haben, stopp, dann selbst gesagt haben, es darf keine Überschreitung geben.

Nur, dies alles ist bedauerlicherweise Vergangenheit gewesen, und es ist zu einem Beschluss mit neuen Anforderungen gekommen. Insofern kann ich sagen, obwohl es eine durchaus schmerzvolle Zeit war, denke ich, dass wir mit dem Ergebnis zufrieden sein können, das wir heute haben, mit den verschiedenen Anforderungen, die nun im Zuge dieser sehr kritischen Debatte auf uns zugekommen sind, mit den Anregungen, die von den verschiedensten Seiten gekommen sind, von meiner Fraktion, aber auch durch die wirklich sehr engagierte Arbeit der jetzt in der Zwischenzeit eingesetzten Gruppe aus allen beteiligten Ressorts, und dass wir jetzt zu einem Projekt gekommen sind, mit dem ich meinen Frieden machen kann, weil es den Inhalt dessen, worum es mir immer gegangen ist, nämlich die Inhalte zu transportieren, im Wesentlichen erhalten kann. Das ist jedenfalls die Variante drei, die dies, was auch angesprochen worden ist, weiterhin möglich macht.

Allerdings, und insofern geht es auch in Richtung Ihrer Frage, Frau Dr. Mathes, muss dies wiederum neu angeordnet werden, weil sich die Planungen, die wir bisher hatten, an dem alten Gebäude orientiert hatten. Jetzt muss man bezogen auf dieses neue große Konzept die inhaltliche Gestaltung neu machen, aber kann auf all die Erfahrungen und auf das Besucherzentrum mit seinen Konzeptionen insoweit zurückgehen, weil es eben die Möglichkeit gibt, die Erlebniswelt für Pflanzen auch in dem großen Gewächshaus darzustellen. Es wäre im kleinen nicht möglich gewesen.

Ich komme zu dem Ergebnis, dass alle Beratungen, die wir gehabt haben, die Anregungen, die sich ergeben haben, uns am Ende, zumindest was die Inhalte anbelangt, zu einem Projekt führen, von dem ich hoffe, dass es in Zukunft die gemeinsame Unterstützung dieses Hauses erhält. Wir werden alles daran setzen, jetzt die verlorene

Zeit einzuholen. Wir werden uns bemühen, jetzt von diesem Rahmen das herunterzubrechen, was an Detailplanung notwendig ist, und hoffen, Ihnen dann im Dezember tatsächlich etwas Konkretes vorzulegen, wobei ich sagen muss, man muss auch tatsächlich einiges neu denken, weil es doch, was die Häusergestaltung anbelangt, eine neue Konzeption ist. Aber ich bin optimistisch, dass wir es schaffen.

Jetzt möchte ich noch zu Ihrem Antrag, Frau Dr. Mathes, etwas sagen. Das Thema null Emission oder zero emission ist in der Vergangenheit auch schon diskutiert worden. Es gibt aber bestimmte Dinge, die nicht einfach machbar sind. Wir hatten zum Beispiel das Thema Holzschnitzel. Das ist eine der Maßnahmen, die am ehesten zu null Emissionen führen. Das verträgt sich nicht mit dem Park. Wir müssen auch an dieser Stelle die verschiedenen Anforderungen, die an den Park gestellt worden sind, ernst nehmen. Wenn man mit Holzschnitzeln arbeitet, muss man sie mit Lkw anfahren. Also verträgt es sich nicht mit der Sanftheit in dem Park.

Wir werden natürlich alles dazu tun, schon aus Unterhaltungsgründen, die Energiekosten so niedrig wie möglich zu halten, aber wir können, wenn wir ein gedeckeltes Invest wollen, und das wollen wir alle, uns keine bestimmten Experimente an dieser Stelle erlauben. Insofern energiesparend, so weit es überhaupt geht! Selbstverständlich muss alles einbezogen werden, da bin ich die Erste, die an dieser Stelle ist, aber über Null-CO₂-Emissionen zu reden, das kann ich nicht zusagen.

Der zweite Punkt, was den Verkehr anbelangt: Auch dies war im alten Verkehrskonzept Bestandteil, dass wir selbstverständlich auch mit dem EU-Projekt TARGET hier versuchen wollen, unterschiedliche Modelle für die Erreichbarkeit anzubieten. Aber der Vergleich, den Sie hier mit Hoge Veluwe angestellt haben, hinkt, denn dort haben Sie einen Park, der im freien Land liegt, wo die Menschen mit Pkw hinfahren und in einem Riesensareal mit dem Fahrrad fahren. Wir schaffen ja in der Stadt Bremen unter anderem auch mit der Linie vier eine sehr ÖPNV-freundliche Anbindung dieses Parks. Insofern kann man es schlicht nicht vergleichen, aber selbstverständlich wollen wir hier versuchen, nach Möglichkeit auch andere Aspekte der Mobilitätskonzepte, wie wir das im Übrigen als Ressort tun, unterzubringen.

Der letzte Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist die Frage der Sanierung des Kaisen-Hauses. Wir können das nicht vorgezogen machen,

sondern das ist dann eine Einheit, und die alten Pflanzen in das zu renovierende Kaisen-Haus zu bringen geht nicht, weil wir ja gerade die großen Pflanzen in ein größeres Gebäude bringen wollen. Also gehören das Kaisen-Haus und das neue Gebäude zusammen und müssen auch in der Logistik aufeinander abgestellt werden. Wir hoffen, dass wir Ihnen im Dezember dann auch sagen können, wie das konzeptionell aussehen soll. Aber jetzt etwas vorgezogen zu machen, ohne die Abläufe in dem neuen Komplex detailliert zu haben, geht nicht. Im Übrigen, wie gesagt, die großen Pflanzen passen ja in dieses Kaisen-Haus nicht hinein. Sie sollen in den neuen Gebäudekomplex.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir mit dem, was von allen Fraktionen hier letztendlich gesagt worden ist, dass wir mit der jetzigen Variante, die in den Wirtschaftsförderungsausschüssen beschlossen ist, tatsächlich am Ende doch noch das schöne attraktive, inhaltlich wirklich hervorragende Projekt bekommen, das wir uns alle wünschen, und dass die Beschlüsse, die in den Wirtschaftsförderungsausschüssen von Ihnen einvernehmlich gefällt worden sind, dies dann auch in die Zukunft tragen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/222 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Antwort des Senats, Drucksache 15/201 S, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Bebauungsplan 1210 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Hünertshagen, Lerchenstraße (einschließlich), Landesgrenze, Borchshöher Straße (beidseitig, einschließlich Herbartstraße Nr. 1 und 2, Ziegeleiweg Nr. 1 und Hinrich-Ahrnke-Straße), Borchsholt (bis Nr. 8), Hammersbecker Straße (bis Nr. 21), Gärdesstraße (ab Nr. 61 ungerade und Nr. 96 gerade) und Koringstraße

Mitteilung des Senats vom 19. September 2000 (Drucksache 15/212 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1210 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 1216 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Pundskamp, Heidkuhlenweg (einschließlich), Aumunder Feldstraße (beidseitig), Bramheide, Bundesstraße 74, Borchshöher Straße (beidseitig), Theodor-Neutig-Straße (beidseitig), Johann-Lange-Straße, Ritterkamp und Zollstraße (zum Teil beidseitig)

Mitteilung des Senats vom 19. September 2000 (Drucksache 15/213 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1216 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 1236
für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen
Niederbüren und Mittelsbüren**

Mitteilung des Senats vom 19. September 2000
(Drucksache 15/214 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1236 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2036 mit Deckblatt
für ein Gebiet zwischen Senator-Apelt-Straße
(einschließlich), Rudolf-Diesel-Straße (einschließlich),
Der Halmer Weg (beiderseits),
Niedervielander Straße und Vorfluter (zum Teil
einschließlich) sowie Ersatzflächen in einem
Gebiet am Hasenbürener Umdeich und Warfeld
Ost**

Mitteilung des Senats vom 19. September 2000
(Drucksache 15/215 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen werden dem Bebauungsplan 2036 nicht zustimmen, und ich werde das kurz begründen. Im vorliegenden Bebauungsplan geht es um die Vernichtung eines weiteren Teilstücks des Niedervielands für die Erweiterung des Güterverkehrszentrums. Dieses Gebiet ist Lebensraum für geschützte Tiere und Pflanzen. Hier leben unter anderen Rohrweihe und Blaukehlchen und nicht zu vergessen die berühmten Schlammpeitzger und Steinbeißer. Mit der Realisierung des Bebauungsplans wurden und werden die Lebensräume auch europäisch geschützter Lebewesen zerstört, und zwar ohne einen wirklichen Bedarfsnachweis zu führen, ohne alternative Flächen für kleinere Güterverkehrszentren zu prüfen, ohne das faktische Vorkommen der Fischarten nach Anhang zwei der

FFH-Richtlinie erhoben zu haben und ohne zu wissen, ob diese Fischarten ohne Weiteres auch in andere Gräben umsetzbar sind, und nicht zuletzt ohne die Verkehrserschließung gelöst zu haben.

Es gab viel Streit in den letzten Monaten um die Notwendigkeit, weitere FFH-Gebiete zu melden, und den wird es auch weiterhin geben. Das Bundesamt für Naturschutz hat am 24. August festgestellt, dass Bremen seine Rechtsverpflichtung hinsichtlich der Anmeldung von FFH-Gebieten wider besseres Wissen verletzt hat. Die Bundesbehörde hat explizit darauf hingewiesen, dass für das Niedervieland insbesondere wegen der Steinbeißer- und Schlammpeitzger-Vorkommen eine Nachmeldung erforderlich ist. Die Bewertung der Naturschutzbehörde und Stellungnahme zur Forderung des Bundesamts für Naturschutz steht noch aus. Dennoch sollen wir heute hier diesen Bebauungsplan beschließen. Das ist einfach die verkehrte Reihenfolge.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bisher hat eine Gesamtbewertung darüber, welche Gebiete des Niedervielands insgesamt denn nun prioritär erhaltenswert sind, welche Eingriffe tatsächlich ausgleichbar sind und in welchem Maße und wie die verkehrliche Belastung für die Wohnbevölkerung aussieht, nicht stattgefunden. So einer Politik werden wir nicht zustimmen!

Abschließend möchte ich noch eine dringende Bitte loswerden. Die Umsetzung der festgelegten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen muss schnellstmöglich erfolgen. Es ist eigentlich selbstverständlich, dass die neuen Lebensräume vor der Zerstörung der Habitate auch geschaffen werden müssen. Das ist leider in Bremen nicht immer die Praxis. Daher richten wir hier noch einmal den dringenden Appell an den Senat, zunächst die Kompensationsmaßnahmen umzusetzen und danach erst Bebauung zuzulassen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Engelmann.

Abg. **Engelmann** (SPD): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! In den letzten Monaten gab es schon öfter Debatten dieser Art. Der Senat legt einen Bebauungsplan oder eine Flächennutzungsplanänderung vor, was letztlich nicht mehr und nicht weniger ist als die endgültige planungsrechtliche Dokumentation und Ausformulierung von politischen Entscheidungen, die in teilweise jahrelangen Diskussionsprozessen gereift

und entschieden worden sind. Das war bei Borgfeld-West so, bei der Hemelinger Marsch, beim Werderland und ist jetzt bei der Erweiterung des GVZ im Niedervieland nicht anders. Die Idee des Güterverkehrszentrums ist älter als ich selbst, sie stammt vom Anfang der sechziger Jahre und ist vernünftig, die logistische und räumliche Verknüpfung von Güterumschlag auf dem Wasser, der Schiene und der Straße.

So richtig klappt es leider noch nicht. Der schlechte Ruf der DB Cargo ist nur zu gut bekannt. Die Roland-Umschlagsanlage ist nicht ausgelastet. Mit der A 281 ist weder Bremen noch der Bund richtig zu einem Abschluss gekommen. Jetzt drängt die Zeit! Das Verkehrsaufkommen auf der Senator-Apelt-Straße ist mittlerweile weder für die Bevölkerung noch für die Betriebe im GVZ tragbar.

Ein wichtiger Schritt war da sicher die Festlegung der Autobahntrasse im Rahmen der vierzigsten Flächennutzungsplanänderung, die wir letztlich in der Baudeputation gefällt haben. Mittlerweile ist das GVZ 15 Jahre alt, und die seither getätigten Ansiedlungen geben der damaligen Entscheidung Recht. Laut einer Studie des BAW gibt es dort inzwischen über 60 Firmen mit zirka 3000 Beschäftigten. Zugegeben, es könnten mehr sein! Das Projekt hat sich im Übrigen 1998 fiskalisch amortisiert, wenn auch aus den vorgenannten Gründen fünf Jahre zu spät.

Die jetzige Entscheidung und die über die A 281 werden ein Anstoß für eine forcierte Entwicklung sein. Wie ein roter Faden ziehen sich naturschutzrechtliche Auseinandersetzungen durch die Geschichte des GVZ. Das ist jetzt nicht anders. Das GVZ wurde auf wertvollen Naturflächen errichtet, und wir müssen es jetzt auf wertvollen Flächen erweitern. Für die völlige Zerstörung des Naturraumes muss Ersatz gefunden und hergestellt werden. Ich nenne dazu: Erstens, das Sandspülfeld wird im Rahmen des gerade eben beschlossenen Bebauungsplans 1236 im Werderland ersetzt; zweitens, weitere Gewässer und Gehölze im angrenzenden Warfeld-Ost und in Hasenbüren und drittens, die Gräben mit Krebscheren, Steinbeißern und Schlammpeitzgern werden im westlichen Niedervieland und der Ochtum-Niederung neu angelegt.

Die SPD-Fraktion stimmt deshalb dem vorgelegten Bebauungsplan im Zusammenhang mit den zugehörigen naturschutzrechtlichen Ersatzmaßnahmen, das betone ich hier ausdrücklich, zu. Darüber hinaus bitten wir die Senatorin für Bau und

Umwelt, der zuständigen Deputation regelmäßig über die Umsetzung zu berichten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einige wenige Anmerkungen! Erstens: Das GVZ ist eine Erfolgsstory, und diese wird mit dem heutigen Beschluss über den Bebauungsplan 2036 fortgesetzt. Rund 150 Hektar werden hier zusätzlich für das GVZ ausgewiesen. Damit wird dem Bedarf Rechnung getragen, wenn man die Erfahrungen aus den letzten zehn Jahren berücksichtigt.

Wenn wir das hier nicht beschließen sollten, fehlen uns Flächen, unsere Betriebe anzusiedeln. Wir wissen, dass ein erheblicher Teil derjenigen, die sich dort ansiedeln, auch Neugründungen und Umsiedlungen aus dem Umland und so weiter sind. Deswegen ist es notwendig, meine Damen und Herren, dass wir das GVZ hier erweitern, um Arbeitsplätze zu schaffen. Ich wiederhole das immer wieder.

Was im Übrigen die Frage der Abwägung im Umweltbereich anbetrifft, hätte ich es ganz gut gefunden, wenn dies einmal in der Deputation vorgetragen worden wäre. Das ist nicht geschehen. Insofern machen Sie hier einen Nachklapp dessen, was Sie in der Deputation versäumt haben, Frau Dr. Mathes. Sie kommen ein bisschen spät!

Der nächste Punkt betrifft die Frage der A 281. Hier hätte ich mir gewünscht, dass schon frühzeitig das gemacht worden wäre, was in der letzten Legislaturperiode gemacht worden ist, nämlich die Absicherung der Finanzierung des zweiten Bauabschnitts der A 281. Wir befinden uns in einem bestimmten Zeitrahmen. Dieser Zeitrahmen wird eingehalten, so dass mit den Bauarbeiten im Jahr 2002 beziehungsweise 2003 begonnen werden kann. Der Zeitrahmen wird eingehalten, selbst wenn die A 281 in diesem Bereich zu spät fertig wird, aber das, was in der letzten Legislaturperiode an Planungen forciert worden ist, wird in absehbarer Zeit seine Früchte tragen.

Insofern, glaube ich, sind wir in diesem Bereich auf gutem Weg, selbst wenn die Betriebe, aber auch ein Teil der Bevölkerung bis dahin noch einige Belästigung durch den Verkehr haben werden. Der Verkehr, der dadurch entsteht, ist natürlich ein Ausdruck des Erfolgs dieses Gebiets, und wir wollen, dass das Gebiet sich ausweitert, und deswegen stimmen wir diesem Bebauungsplan zu.

Ich füge noch an, Herr Engelmann hat ja einige Gebiete genannt - Hemelinger Marsch, Borgfeld-Ost und auch jetzt das GVZ -, immer wieder sagt Bündnis 90/Die Grünen nein, aber redet davon, Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn man aber Arbeitsplätze schaffen will, muss man, füge ich immer wieder hinzu, auch Gebiete ausweisen, und dies führt dann auch zu Eingriffen in den Naturhaushalt. Das ist doch völlig klar!

Nur sage ich, ob wir hier in den Naturhaushalt eingreifen oder im Umland, ist doch kein großer Unterschied. Ich finde nur, dass wir Bremen verpflichtet sind, und deswegen ist es mir lieber, wir machen das in Bremen. Damit sanieren wir unsere Finanzen, können auch wieder auf Dauer unsere Schulen und die Kindertageseinrichtungen sanieren, entsprechendes Personal bereitstellen und so weiter. Deswegen halte ich auch den Ansatz für richtig, das so zu machen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Pflugradt, wenn Sie sowohl in der Baudeputation als auch hier eben nicht zugehört haben, dann lassen Sie das doch sein, hier irgendetwas zu erzählen, was nicht zur Debatte stand! Wir diskutieren hier nicht darüber, ob das GVZ erweitert werden soll oder nicht.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Frau Dr. Mathes hat das gesagt! - Abg. Frau Hammerström [SPD]: Höre doch erst einmal zu!)

Einen ganz kleinen Moment! Die Kernfrage bei dieser Debatte ist, und das hat Frau Dr. Mathes doch auch klar gesagt: Werden die Umweltregelungen auch tatsächlich eingehalten? Auch Erfolgsstorys werden noch erfolgreicher, wenn alle gesetzlichen Grundlagen ordentlich beachtet werden. Wir kritisieren, dass die Umweltverträglichkeitsuntersuchungen nicht ausreichend und gründlich genug durchgeführt worden sind und dass die Frage der FFH-Richtlinien nicht bearbeitet worden ist. Wenn Sie zugehört hätten, hätte ich meine Ablehnung - -.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Ich habe zugehört! Sie hat zusätzlich die Frage der Erweiterung - -!)

Herr Kollege Pflugradt, jetzt rede ich hier gerade! Sie können sich ja gern noch einmal melden! Ich habe ausdrücklich mit dieser Begründung den Bebauungsplan auch in der Baudeputation seinerzeit abgelehnt! Es tut mir Leid, dass Sie da nicht zuge-

hört haben. Insofern ist unsere Position hier konsistent!

Die Frage der weiteren Entwicklung des GVZ wird leichter, wenn wir nicht gegen solche Verfahrensvorschriften verstoßen, die wir uns hier auch zu Eigen machen müssen.

Meine Damen und Herren, Umweltschutz und Ökonomie sind nicht immer miteinander verträglich. Wenn wir es aber halbwegs verträglich machen müssen, dann bin ich dafür, dass wir solche Regelungen und Verfahrensweisen finden, die alle Seiten berücksichtigen. Dazu gehört genau das, was Frau Dr. Mathes auch gesagt hat: Wenn man dann schon bauen will, müssen die Ausgleichsmaßnahmen wenigstens vorher fertiggestellt sein, damit der Naturschutz auch sein Recht bekommt. Dass es Ihnen nicht darum geht, sondern dass es Ihnen vor allem darum geht, hier möglichst schnell weiterzukommen, verstehe ich ja. Aber Arbeitsplätze sind nur sichere Arbeitsplätze, wenn Verfahren auch klar gefestigt sind. Das ist auch unser Interesse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Pflugradt soll nicht immer lügen!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2036 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Bebauungsplan 2046 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen der Straßenbahnlinie 4, Hermann-Entholt-Straße (beiderseits), Alfred-Faust-Straße (einschließlich) und Theodor-Billroth-Straße
Mitteilung des Senats vom 19. September 2000
(Drucksache 15/216 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2046 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 17 vom 19. September 2000

(Drucksache 15/218 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Halten von Hunden

Mitteilung des Senats vom 26. September 2000 (Drucksache 15/219 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Schulte.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Möbius.

Abg. Frau **Möbius** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die eingeleiteten Sofortmaßnahmen gegen Kampfhunde wie Leinen- und Maulkorbzwang sowie Handels- und Zuchtverbot waren richtig. Wir sollten uns auch noch einmal vergegenwärtigen, wie schnell wir als Politik auf die Vorkommnisse im Zusammenhang mit Kampf-

hunden und gefährlichen Hunden reagiert haben. Die Presse überbot sich gegenseitig mit Forderungen und Anklagen an die Politik aufgrund der zahlreichen Angriffe von Kampfhunden, nicht zuletzt auch wegen der Tötung des kleinen Volkan in Hamburg, was noch einmal die Emotionen verständlicherweise auf einen traurigen Höhepunkt brachte.

Es gab Pressemitteilungen wie zum Beispiel aus dem „Weser-Kurier“ vom 28. Juni dieses Jahres, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten einige Schlagworte: „Kampfhunde sind nicht mehr erziehbar und haben einen Hang zum Explodieren angeboren und nicht anerzogen.“ Ich zitiere weiter mit Erlaubnis des Präsidenten aus der „taz“ vom 6. Mai dieses Jahres: „Leinenzwang für Kampfhunde! Endlich! Innensenator will Aggresso-Kötern an die Gurgel!“ Die „Bild“ Bremen startet in der Ausgabe vom 20. April dieses Jahres eine Unterschriftenaktion „Ja, ich wehre mich!“ und fordert im Kommentar: „Schützt uns endlich!“

Auch in anderen Presseorganen werden Forderungen laut: „Höchste Zeit für Verbote! Weg mit den Kampfhunden! Längst überfällig! Unterlassene Hilfeleistungen“ und so weiter! Dies spiegelte die Angst der Bevölkerung wider und bot Anlass, sofort zu reagieren und die Diskussion über Kampfhunde und gefährliche Hunde wieder auf eine sachliche Ebene zu bringen.

Dass uns jetzt von genau denselben Medien, insbesondere von der Zeitung mit den großen Buchstaben, chaotischer Aktionismus vorgeworfen wird und mitleidserheischende Berichte über ausgewählte Exemplare besonders lieber Hunde geschrieben werden, spricht für sich selbst.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns in dieser situationsbedingten und sachlichen Haltung gegenüber Kampfhunden nicht irremachen lassen,

(Beifall bei der SPD)

auch wenn wir wissen, dass der Mensch und nicht die eigentliche Kreatur das Problem ist. Wenn wir jetzt lesen müssen, dass in Frankreich statt der dort verbotenen Kampfhunde besonders aggressive Affen gehalten werden, beweist dies, dass der Mensch bei der Wahl der Waffen offenbar immer noch zu höchster Kreativität fähig ist.

Die vorliegende bereits in Kraft getretene Änderungsverordnung über das Halten von Hunden bezieht sich auf die bereits beschlossene und in Kraft getretene erste Verordnung. Insofern vollzieht das Parlament mit dieser Zustimmung heute,

was nach Paragraph 50 Absatz 2 des Polizeigesetzes bereits vor der Sommerpause diskutiert und erlassen wurde. Der Beschluss des Obergerichtes über den Maulkorbzwang in einem Einzelfall muss vom Innenressort allerdings entsprechend ausgewertet werden, und anhand des Ergebnisses ergibt sich, ob das Regelwerk erneut geändert werden muss.

In der damaligen Situation war es auch vor allem im Interesse der SPD-Fraktion, dass eine schnelle Regelung über das Halten von Hunden getroffen wird. Dies wurde auch gemeinsam mit dem Senator für Inneres getan.

Wir haben allerdings schon immer die Ansicht vertreten, dass eine Verordnung allein nicht ausreichend ist, sondern dass in diesem Fall auch der Landesgesetzgeber gefordert ist. Damit würde auch das Problem der eventuell abweichenden Regelung in Bremen und Bremerhaven gelöst werden. Wir erwarten daher vom Senator, dass er zügig einen Gesetzentwurf zum Thema unter der Berücksichtigung der inzwischen im Bund und in den anderen Bundesländern erlassenen beziehungsweise vorbereiteten Regelungen und gemachten Erfahrungen vorlegt.

Wir haben mit diesem Regelwerk den Weg in die richtige Richtung angetreten, dürfen aber nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Die Tierschutzverbände haben Recht, wenn sie der Politik vorwerfen, die Symptome wahrgenommen und geregelt zu haben. Wir müssen uns der Thematik grundsätzlicher annehmen und endlich auf Bundesebene ein Heimtierzuchtgesetz auf den Weg bringen. Die SPD-Fraktion wird sich in Kürze erneut mit diesem Thema befassen und auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen und der daraus resultierenden Erkenntnisse eine entsprechende Vorlage einbringen. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Hoffhenke.

Abg. **Hoffhenke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 7. Juni dieses Jahres, also vor genau vier Monaten, haben wir hier über gefährliche Hunde debattiert und eine Änderung der Polizeiverordnung über das Halten von Hunden fast einstimmig beschlossen, mit einer Gegenstimme, soweit ich mich erinnere. Ich denke, dass wir uns in dieser Sache einig waren, es war ein gutes Ergebnis.

Der Grund der Debatte war nicht nur die Große Anfrage zum Thema gefährliche Hunde, sondern es waren besonders die umfangreiche Medienbe-

richterstattung und der öffentliche Druck nach den vielen schweren Vorfällen, die dort in der Presse bekannt gegeben wurden. Wir hatten in Bremerhaven den schweren Vorfall mit fünf Verletzten und dem schwer verletzten Kind und in Hamburg mit dem von zwei Kampfhunden getöteten Kind. Unser Ziel war damals, nicht gegen besonnene Halter von Kampfhunden vorzugehen, sondern gegen diejenigen etwas zu unternehmen, die diese Tiere missbrauchen.

Angeregt von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Januar dieses Jahres in Berlin und der Innenministerkonferenz hat auch Bremen schnell eine klare Rechtslage geschaffen. Das war kein Schnellschuss, wie einige gern behaupten, sondern es war der Sache angemessen. Wir haben wieder Ruhe in die Bevölkerung gebracht und haben von daher auch einen Erfolg gehabt.

Nun gibt es natürlich auch betroffene Hundebesitzer, die mit diesen Auflagen nicht einverstanden sind. Es ist ihr gutes Recht, die Gerichte anzurufen. Dies geschieht aber in fast allen Bundesländern, und das, egal welche Auflagen dort auch gemacht wurden. Leider hat sich die Innenministerkonferenz bisher nicht auf eine einheitliche Regelung verständigen können. Eine Eilentscheidung des Obergerichtes Bremen bezüglich einer teilweisen Auflagenbefreiung betrifft zunächst nur den einen Hund der Rasse Mastin Espanol. Dieser hatte in Niedersachsen einen Wesenstest gemacht und auch bestanden. Einige haben sicher auch „Buten un binnen“ gesehen, die ja den „Fall Amanda“ ausführlich geschildert haben.

Diese Eilverordnung, meine Damen und Herren, ist aber keine Entscheidung in der Hauptsache, und es bleibt jetzt abzuwarten, was danach kommt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Obergericht in bestimmten Fällen einen bestandenen Wesenstest als Ausnahmetatbestand fordern wird. So ein Wesenstest kostet aber nicht nur bis zu 1000 DM, sondern er ist auch wiederum in Fachkreisen sehr umstritten. Was ist zum Beispiel, wenn ein junger Hund erst einen solchen Test macht und anschließend dann von seinem Halter scharf gemacht wird?

Was auch immer für Auflagen gemacht werden, ob Zwangshaftpflichtversicherung, Hundeführerschein, Wesenstest oder sonstige, über alles lässt sich doch prächtig streiten. Richtig ist wohl, dass dies nicht parteipolitisch gelöst werden kann, sondern dass wir parteiübergreifend die beste Lösung finden müssen, um den Schutz der Bevölkerung, insbesondere der Kinder, vor Hundeattacken zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, es gibt bei uns in Bremen einen Arbeitskreis, der federführend vom Gesundheitsressort geleitet wird. Hier suchen fachlich kompetente Stellen und Einrichtungen wie Tierärztekammer, Tierschutzvereine in Bremen und Bremerhaven, Polizeidiensthundeführer und das Stadtamt unter Mitwirkung des Senators für Inneres, nach differenzierten Lösungen. Man bereitet dort auch eine landesgesetzliche Regelung vor. Wir sollten uns dabei aber auch mit anderen Bundesländern kurzschließen, welche Regelungen in Verordnungen sich dort bewährt haben. Wir müssen sehen, wohin die Reise geht, und nicht mit anfechtbaren Schnellschüssen in die falsche Richtung marschieren.

Grundsätzlich geht es ja heute laut Tagesordnung um die vom Senat vorgelegte Eilverordnung bezüglich eines Zucht- und Handelsverbotes für Kampfhunde sowie ein Verbot der aggressiven Ausbildung. Eine Ergänzung der Übergangsregelung in Paragraph 5 a Absatz 1 ist erforderlich, damit die angemeldeten Kampfhunde auch später einwandfrei ihrem Halter zugeordnet werden können. Die Anmeldefrist von Kampfhunden beim Stadtamt, es waren drei Monate nach In-Kraft-Treten der Verordnung, ist bereits abgelaufen. Bis heute wurden 343 Kampfhunde angemeldet. Bei den zirka 16.000 steuerlich angemeldeten Hunden in Bremen sind das etwas mehr als zwei Prozent.

Diese nachgeschobene Änderung der Polizeiverordnung wurde bereits wegen der Eilbedürftigkeit am 18. Juli 2000 im Gesetzblatt verkündet und ist am 19. Juli in Kraft getreten. Teilweise wurden diese Änderungen in der Vorlage in der Juni-Debatte von uns auch bereits gefordert und sollten nun auch nach Möglichkeit mit großer Mehrheit hier verabschiedet werden. In der Innendeputation hat dies bereits stattgefunden, beziehungsweise wir haben die Vorlage ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Soweit ich gehört habe, hat auch der Bundesinnenminister einen Gesetzentwurf vorgelegt, der bundesweit ein Einfuhr- und Zuchtverbot beinhaltet. Dieses so genannte Hundeeinfuhrbeschränkungsgesetz soll sich zurzeit im Bundesrat befinden. Des Weiteren soll auch das Tierschutzgesetz unter anderem hinsichtlich der Anforderungen an Kenntnisse und Fähigkeiten von Personen, die Tiere halten oder betreuen, geändert werden. Das entspricht also genau unseren Forderungen und würde sinnvollerweise unserer Polizeiverordnung beziehungsweise einer landesgesetzlichen Regelung entgegenkommen.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass viele Hundehalter, wenn man mit ihnen diskutiert, darauf hinwei-

sen, dass bei uns öffentliche eingezäunte Hundewiesen fehlen, Flächen, auf denen sich auch die genannten 343 Kampfhunde einmal so richtig austoben können.

(Zurufe von der SPD)

Wer keinen Garten hat, kann dem Hund keinen Auslauf bieten, und den braucht wohl jeder Hund, ob es nun ein Kampfhund ist oder nicht. Ich denke, der Senat sollte einmal einen Teil der Hundesteuer für die Hunde ausgeben.

Es gibt mit Sicherheit noch weitere ungelöste Probleme. Eines davon heißt zum Beispiel Hundemischlinge. In der Polizeiverordnung haben wir nicht nur die zehn Hunderassen aufgeführt, sondern auch Kreuzungen untereinander und mit anderen Hunderassen. Oftmals wissen nicht einmal die Halter, was sie eigentlich für einen Mischling haben. Es fehlt bei uns an Fachkräften wie zum Beispiel Zuchtwarten, die Kreuzungen beurteilen können. Hier gibt es viele Unsicherheiten bei den einschreitenden Polizeibeamten, beim Stadtamt und bei den jeweiligen Hundebesitzern.

Bezüglich des Stadtamtes möchte ich darauf hinweisen, dass durch die Kampfhundregelung eine Menge Mehrarbeit auf die Mitarbeiter der Behörde hinzugekommen ist. Wenn zwangsläufig andere Aufgaben liegen bleiben müssen, dann müssen wir auch über die personelle Struktur dort nachdenken.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Ihnen gehört doch das Ressort! Machen Sie doch einmal Vorschläge!)

Wir sind ja dabei. Warten Sie es einmal ab! - Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man muss sich angesichts der Debatte über die jetzt vom Senator hier vorgelegte Eilverordnung noch einmal die Vorgeschichte anschauen. Es gab ja schon immer, schon lange vor diesen Vorfällen, Probleme mit gefährlichen Hunden. Es ist ja nicht das erste Mal, dass es das in Deutschland oder in Bremen gibt. Wenn man sich einmal die Beißstatistiken der letzten Jahre und Jahrzehnte anschaut, dann gab es ja schon immer auch tödliche Vorfälle, und es gab auch viele tödliche Vorfälle,

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

tödliche Attacken gegen Kinder. Nur waren in den seltensten Fällen die Hunderassen beteiligt, um die es jetzt geht. Wenn man sich die Statistiken anschaut, dann waren da Schäferhunde, Dobermann und so weiter beteiligt und ganz selten diese Hunde. Das muss man sich noch einmal zunächst, bevor man weiter nachdenkt, zu Gemüte führen.

Das heißt, wir hatten auch schon immer Polizeiverordnungen. Auch in Bremen hatten wir eine gültige Polizeiverordnung über gefährliche Hunde.

(Abg. Kleen [SPD]: Die haben wir nur geändert!)

Ja, eben, deswegen sage ich ja, wir hatten auch schon vorher Polizeiverordnungen. Hier kommt man auf das erste Problem, auf das der ganze Komplex in der Tat stößt. Es ist nämlich das Problem, dass die existierenden Verordnungen gegen gefährliche Hunde, sagen wir es einmal ganz vorsichtig, nur sehr mangelhaft umgesetzt worden sind.

Es ist auch in Hamburg, wenn man sich den Fall des kleinen Vulkan in Wilhelmsburg noch einmal anschaut, eindeutig so gewesen, dass mit der alten Hamburger Rechtslage, die in Hamburg existierte, dieser Vorfall selbstverständlich zu verhindern gewesen wäre. Wenn die zuständigen Behörden in Hamburg tatsächlich ihre Androhungen gegenüber dem Halter und ihre ganzen gesetzlichen Verpflichtungen wahr gemacht und umgesetzt hätten, hätte dieser Hund dem Halter schon dreimal, so oft war das angekündigt, entzogen werden müssen und der kleine Vulkan hätte nicht sterben müssen, schon nach der alten Verordnung. Das muss man sich zunächst einmal, wenn man sachlich an die Frage herangeht, zu Gemüte führen, dass wir hier ein, und das bleibt der erste Merkpunkt, absolutes Vollzugsdefizit haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieses Vollzugsdefizit bleibt natürlich auch nach den jetzt existierenden vier neuen Änderungen der Polizeiverordnung, zwei in Bremerhaven, zwei in Bremen, bestehen. Es ist zwar etwas geändert worden, am Vollzugsdefizit aber, dass kaum jemand in der Lage ist, die entsprechenden Verordnungen vor Ort dann auch durchzusetzen, ist überhaupt nichts geändert worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben seit einigen Jahren jetzt, und darauf sind ja auch meine Vorrednerinnen und Vorredner eingegangen, eine neue Entwicklung, die über das, was wir von den anderen Hunden kannten, wesentlich hinausgeht. Wir haben bestimmte Milieus, bestimmte Kreise, die Hunde aus mo-

dischen Gründen, weil es im Milieu dazu gehört, als Drohpotential, aus Imponiergehabe und letztendlich als scharfe Waffe zur Umgehung der Waffengesetze ausbilden und da bestimmte Hunde vor allem der so genannten Kampfhunderassen benutzt haben. Das ist natürlich eine ganz neue Qualität, das ist richtig. Auf diese neue Qualität muss man natürlich auch neue Antworten finden, weil wir dies früher so nicht hatten.

Nun muss man aber schauen, wie wir darauf reagiert haben. Ich glaube, und ich würde hier an dieser Stelle auch immer dem Innensenator zugute halten, und mir ging das weitgehend ähnlich, dass, wenn man die schrecklichen Bilder aus Hamburg gesehen hat, man sehr schnell reagieren musste und vielleicht auch nur so, wie reagiert worden ist, reagieren konnte. Nun ist aber einige Zeit vergangen, und was ist inzwischen passiert? Wir haben uns etwas mehr kundig gemacht, als wir alle zusammen damals waren. Es haben sich sehr viele zu Wort gemeldet, die vielleicht sehr viel mehr als der eine oder andere von uns von dieser Sache verstehen. Wir müssen nun, das ist jetzt die Aufgabe, der sich auch dieses Parlament stellen muss, diese Erkenntnisse in eine vernünftige Gesetzgebung umsetzen und müssen Abstand nehmen von den Dingen, die damals in aller Eile umgesetzt worden sind.

Das heißt, wir erwarten, um das Ergebnis vorwegzunehmen, vom Innensenator nichts anderes, als dass wir bis zum Ende des Jahres einen Stand erreicht haben, bei dem die im Frühjahr und Frühsommer beschlossenen Polizeiverordnungen aufgehoben werden und ein ordentliches, gründlich recherchiertes und gründlich überdachtes Landesgesetz an deren Stelle tritt. Es tagt im Moment, darauf hat Herr Hoffhenke auch hingewiesen, eine Arbeitsgruppe. Ich bin sehr dafür, dass die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe vom Innensenator und auch von diesem Haus aufgenommen werden, dass wir das prüfen und dass wir dann hier gemeinsam ein solches Ergebnis vorlegen. Die Grünen haben bereits im September einen Entwurf eines Antrages, den wir damals noch einmal zurückgezogen haben, vorgelegt.

Ich wollte jetzt gern noch einmal zu unseren Eckpunkten kommen, die unserer Auffassung nach tatsächlich in dieser landesgesetzlichen Regelung stehen sollten. Es heißt erstens: Es muss eine Abkehr davon geben, dass der Schutz der Bevölkerung, den wir genau wie Sie absolut prioritär setzen, durch das Aufstellen dieser reinen Rasselisten zustande kommen soll. Die haben sich teilweise schon selbst ad absurdum geführt. Wir haben eine Rasseliste in Bremen beschlossen, auf der zehn Hunderassen stehen. Eine Hunderasse davon, nämlich Tosa Inu, gibt es überhaupt nur vier-

mal in Deutschland, in Bremen gar nicht, und eine andere, nämlich Mastin Espanol, gibt es in Bremen einmal, und ausgerechnet dieser einzige ist jetzt vom Oberverwaltungsgericht vom Maulkorbzwang ausgenommen worden. Das zeigt natürlich schon, wie wenig tief gehend wir hier mit dieser Geschichte wirklich punktgenau gelandet sind in dieser Frage.

Was muss also statt dieser blanken Rasselisten, die so keinen Sinn machen, in einer solchen Regelung enthalten sein? Zunächst müssen wir die Uneinheitlichkeit bundesweit abschaffen. Es ist in der Tat unerträglich, ich habe gerade gestern einen Bericht von jemandem bekommen, der aus Dänemark über Schleswig-Holstein, Hamburg nach Niedersachsen zu einer Hundeschau fährt und sozusagen 34 verschiedene Gesetze und Verordnungen im Auto dabei haben muss, weil er an jeder Grenze, über die er fährt, sich anders mit seinem Hund verhalten soll. Priorität ist also, und da sind die Länder und der Bund gefordert, eine bundeseinheitliche Regelung in allem, was man bundeseinheitlich regeln kann. Dazu gehört auch das bereits erwähnte Heimtierzuchtgesetz und vor allen Dingen die Import- und andere bundeseinheitliche Regelungen.

Unter dieser Ebene muss es ein Landesgesetz geben, das die jetzt bestehenden Verordnungen aufhebt und das folgende Eckpunkte mindestens enthalten muss: erstens eine Kennzeichnungspflicht für potentiell gefährliche Hunde. Sie muss so sein, dass sie im Vollzug, ob durch das Stadtamt oder durch die Polizei, auch tatsächlich umgesetzt werden kann. Das heißt, man muss in der Tat darüber nachdenken, ob diese Chips, von denen berichtet wird, die die entsprechenden Daten enthalten, nicht eingesetzt werden, weil wir natürlich immer auch die konkrete Praxis bedenken müssen, wie die Beamten vor Ort das dann tatsächlich umsetzen sollten, denn Papier ist ja bekanntermaßen geduldig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Zuverlässigkeitsprüfung der Halter und der Hundeführerschein sind bereits hier angesprochen worden. Das absolute, und zwar auch absolut durchzusetzende Verbot, in Zucht und Handel Aggression gezielt anzuzüchten und auch in der Ausbildung der Hunde dann weiter fortzubilden, ist mit ganz scharfen Sanktionen zu belegen, und diese so sanktionierten Verstöße sind auch entsprechend zu ahnden. Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Behörden dies auch tatsächlich tun können. Das betrifft zum einen natürlich das Heimtierzuchtgesetz des Bundes, aber es gibt auch schon Überlegungen, und die halte ich für gar nicht so abwegig, dass Zucht-

betriebe, wie andere Wirtschaftsbetriebe auch, zum Beispiel einer DIN-Norm, ISO-Norm oder ähnlichen Dingen, wo die Standards festgelegt sind, unterworfen werden. Warum soll ein Zuchtbetrieb, der einen Millionenumsatz macht, einer solchen Norm nicht anhängen, die für andere Industriebetriebe auch gilt?

Für verantwortungsvolle Hundehalter, die es auch für die jetzt indizierten Rassen gibt, muss bei Nachweis einer entsprechenden Ausbildung auch die Möglichkeit einer Ausnahme zum Beispiel von der Maulkorbregelung und anderen Regelungen gegeben sein. Das heißt, wenn wir einigermaßen sicher sein können, dass dieser Hund kein aggressiver Hund ist, dann sollten wir ihn natürlich nicht durch einen Maulkorb noch extra aggressiv machen, was inzwischen von den Experten auch so bewertet wird. Diese Ausnahmen muss es also im neuen Gesetz geben.

Es sind die Auslaufgebiete für die Hunde angesprochen worden, die obligatorische Haftpflichtversicherung gehört dazu, und es gehört, und ich erwähnte das am Anfang, der Vollzug der bestehenden Verordnungen und Gesetze dazu. Was heißt Vollzug noch einmal genau und auch auf Bremen gemünzt? Hier bin ich etwas überrascht über das, seit ich mich mit dieser Frage etwas näher beschäftige, was ich hier zunehmend höre. Ich höre, dass in der Vergangenheit gegen Kriminelle, die ihre Hunde in der Art und Weise züchten und ausbilden, eben vor Ort nicht vorgegangen worden ist, obwohl die Polizeiverordnung dies hergegeben hat.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss! Ich höre, dass Hundekämpfe auch auf bremischem Gebiet stattfinden und dass Hunde gehalten werden, die extra zu diesem Zweck - man kann nur sagen, mit äußerster Tierquälerei - dazu gebracht werden, andere Hunde anzugreifen. Dies findet, mit Wissen oder Nichtwissen der Behörden, das ist ja beides kein besonderes Ruhmesblatt, in Bremen statt.

Es gehört die Überwachung und Kontrolle von Zuchtbetrieben und des Handels dazu. Es kann nicht sein, dass derartig gezüchtete und ausgebildete Hunde auf Flohmärkten und an Straßenecken auch in Bremen zu haben sind. Für wenig Geld und offensichtlich unter den Augen der entsprechenden Behörden!

Ich komme zum Schluss! Sie haben schon gemerkt, dass wir eine ganze Reihe von Kritikpunkten an dem haben, was hier geschehen ist. Gleichwohl habe ich Verständnis dafür geäußert, dass Sie auf die Schnelle so handeln mussten.

Wir werden uns bei der Verordnung enthalten, weil wir ihr inhaltlich so nicht zustimmen können. Wir hoffen aber darauf, dass wir gemeinsam und noch in diesem Jahr auf der Grundlage der entsprechenden Expertenberichte hier in diesem Haus ein vernünftiges Landesgesetz verabschieden können, das die prioritären Schutzinteressen der Bevölkerung, der Familien, der Kinder und die Interessen der verantwortungsbewussten Hundehalter, von denen es ja viele gibt, zu einem Ausgleich bringt, denn das ist unsere politische Aufgabe. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die konstruktive Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schon das zweite Mal heute!)

Es ist deutlich geworden, dass wir in einer ganz besonderen Situation standen, als wir diese Verordnung entwickelt haben. Frau Möbius hat zu Recht von dem Wechselbad der emotionalen Berichterstattung gesprochen, das es ja in der Tat gab. Dass wir uns aber so entschieden haben, wie wir uns entschieden haben, hat bewirkt, dass auch sofort Ruhe eingekehrt ist. Dass sich nun auch kritische Stimmen zu Wort melden und dieses Vollzugsproblem ansprechen, Herr Dr. Güldner, ist völlig richtig. Nur warne ich davor, von mir nun einen Termin zu erzwingen, wann wir mit dem Gesetz kommen.

Ich habe damals der Deputation für Inneres erklärt, dass wir ein Gesetz einbringen wollen, das die beiden jetzigen Verordnungen in Bremen und Bremerhaven dann obsolet macht. Das ist auch weiterhin die Linie. Wir müssen bei diesem Gesetz berücksichtigen, wie die Normenkontrollverfahren aussehen, die noch anhängig sind, und wie die Diskussion auf Bundesebene aussieht. Der Bund hat sich ja nun bereit erklärt, ein eigenes Gesetz einzubringen. Das wollte Herr Schily zuerst nicht, das hat er jetzt getan.

Wir müssen auch die Ergebnisse aus den anderen Bundesländern abfragen und uns dann mit all den Fragen - Herr Dr. Güldner, ich kann es kaum ergänzen, Sie haben eigentlich alle Fragen angeschnitten und Frau Möbius und Herr Hoffhenke

auch einige - beschäftigen, welche Hunderassen wir zum Beispiel benennen wollen. Ausgegangen sind wir, wie Sie alle wissen, von dem Hunderassenkatalog des Bundesverwaltungsgerichts. Nun müssen wir uns überlegen, welche wir hineinnehmen, welche Ausnahmetatbestände wir formulieren wollen und, noch viel wichtiger - und das haben auch alle drei Redner deutlich gemacht -, wie wir mit den Haltern umgehen. Wie können wir uns dort entsprechend einbringen?

Ich kann nur eines sagen, Herr Dr. Güldner, weil Sie das Vollzugsdefizit angesprochen haben: Die Polizei - die ist nun nicht jeden Tag wie Hundefänger unterwegs - geht, wenn sie Hinweise erhält, diesen Hinweisen auch nach und handelt auch. Das ist völlig klar. Das kann ich hier definitiv erklären, und sie hat auch Hinweise über solche Tatbestände erhalten, wie Sie sie eben hier vorgebracht haben. Trotzdem müssen wir uns auch die Frage bei der Gesetzesinitiative stellen, wie dann der Vollzug organisiert werden kann und wo wir mit den Tieren bleiben. Auch das sind Fragen, die wir jetzt bitte nicht im Schnellschuss lösen sollten.

Ich möchte gern die Deputation für Inneres einladen, mit mir gemeinsam diese Fragen sehr gründlich zu beraten, bevor wir jetzt mit einem festen Gesetzespaket hier auf Sie zukommen. Ich glaube, das Problem sollten wir wirklich sehr seriös, parteiübergreifend und mit allen Hinweisen, die Sie heute eingebracht haben, lösen. Ich bin ganz sicher, dass wir dann zu einem guten Ergebnis kommen werden. - Ich bedanke mich für die Diskussion!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Halten von Hunden zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen angenehmen Heimweg.

(Schluss der Sitzung 17.20 Uhr)